Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, Juli/August 2018 *68. Jahrgang, Nr. 789/90*

Flucht, Todesschüsse, Minen und Selbstschussanlagen – Gedenken!

Der Mauerbau vor 57 Jahren bleibt ein Geschichtsdatum, auf dessen Erhalt wir achten müssen

Die Mauer, die seit dem 13. August 1961 die Stadt Berlin, unser ganzes Land und ganz Europa in zwei Blöcke teilte, war ein Bau- und ein Bollwerk, dessen Geschichte einmalig bleiben wird. Nachdem sie über Nacht errichtet worden war, verbanden sich mit ihr Angst und Schrecken. Todesschüsse, Verletzungen, Festnahmen und Tragödien, mit denen die finstersten und die unmenschlichsten Seiten des Staates DDR und seiner SED-Funktionäre einhergingen, folgten.

Es waren mehr als zweieinhalb Millionen Menschen, die vor dem Bau der Mauer vor 57 Jahren meist über West-Berlin die DDR verließen. In den ersten zwei Wochen jenes Augusts 1961 flohen täglich bis zu 13.000 Menschen aus der DDR. Das Aufnahmelager in Mariendorf war in seinen Möglichkeiten fast überfordert. Die Bilder, die in der West-Berliner Abendschau von den Ankommenden gezeigt wurden, zeichneten eine Situation, deren Ende eigentlich zu erahnen war und die in die Frage mündete: Wie lange würden der Kreml und seine SED-Vasallen diesen Zustand noch dulden? Vor allem: Auf welche Weise würde man die vielen Flüchtlinge hindern, die DDR zu verlassen? Die Frage wurde innerhalb einer Nacht beantwortet, egal dass der damalige SED-Chef vorher getönt hatte, niemand habe die Absicht, eine Mauer zu bauen.

Die Mauer wurde nach außen das Gesicht des Sozialismus, sie spiegelte zugleich die Unmenschlichkeit wider, die im Innern herrschte, in jenem Staat, der sie errichtet hatte und der es vor der Welt als notwendig rechtfertigte, dass immer wieder Menschen bei Fluchtversuchen den Tod fanden. Nach Auslegung des SED-Regimes war die Mauer ein Schutzwall gegen Faschisten und Eindringlinge vom Westen. Die Wahrheit nahm sich gegenteilig aus.

Dieser „Schutzwall“ wurde zum Todesstreifen für die eigene Bevölkerung. Im Februar 1989 wurde der letzte Flüchtling durch einen sinnlosen Todesschuss in den Rücken zur Strecke gebracht, einige Wochen später kam ein Flüchtling beim Absturz mit einem selbstgebastelten Ballon ums Leben.

Bis dahin gab es entlang des Grenzstreifens, der Deutschland durchzog, und auch auf der Ostsee Zwischenfälle, von denen viele bis heute unbekannt und unaufgeklärt blieben.

Es ist umso verständlicher, dass mit dem Fall der Mauer vor dreißig Jahren die Menschen eine riesige Euphorie erfasst hatte. Jubelgesänge waren zu hören und Tränen des Glücks zu sehen. Die Welt staunte, dass das so leicht hatte zusammenbrechen können, was laut einem Herrn Honecker fünfzig oder einhundert Jahre Bestand haben würde. Ost- und Westdeutsche, die sich nicht kannten, lagen sich in Berlin in den Armen, die Mauer wurde gestürmt, mit Graffitis verziert und mit Hämmern und Meißeln bearbeitet. Und die Menschen auf der ganzen Welt schauten an den Fernsehgeräten zu, die Gazetten verbreiteten Fotos und Berichte voller Fassungslosigkeit. Ein Volk, das – ob zu Recht oder nicht – über vier Jahrzehnte geteilt war, fand unerwartet zueinander. Und es gedachte voller Wehmut und Wut der Opfer, die an der Mauer erschossen wurden, die in Grenzgewässern ertrunken oder in den Grenzanlagen verblutet waren. Es gedachte der Opfer der Selbstschussanlagen und der Bodenminen, die im Innern des Landes den Tod oder die Verstümmelung gefunden hatten, weil sie von einem Teil des Landes in einen anderen fliehen wollten. Oftmals waren es junge Menschen, die sich des Risikos, das sie eingingen nicht bewusst waren. Andere wurden bereits aufgegriffen, während sie sich dem Grenzstreifen näherten. Was aus ihnen wurde, ist kein Geheimnis: Sie lernten das Elend des sozialistischen Strafvollzugs kennen. Einige, leider zu wenige, gehören unserem Opferverband an und leisten als Zeitzeugen Aufarbeitung an Schulen oder auf andere Weise, um die Erinnerung an eine Zeit wachzuhalten, die allmählich vergessen oder verharmlost wird.

Von der Mauer als Bauwerk ist heutigen tags nicht vieles übrig. Es gibt den Mauerweg und einige Betonelemente, es gibt ein paar Tafeln und Gedenksteine, die auf Daten hinweisen, und an manchen Stellen finden sich kleine Kreuze oder Blumensträuße, die an die Namen von Opfern erinnern, von denen heute kaum jemand weiß. Es ist gut und wichtig, dass immer noch Gedenkveranstaltungen stattfinden und auf diese Weise Erinnerungen gepflegt werden. *Hugo Diederich*

In diesem Sommer war – abgesehen von den Dauer-Zankereien im (inter)nationalen Politiker-Zirkus – unbestritten die anhaltende Hitze das dominierende Thema in den Medien. Keine Frage, dass Älteren nicht unberührt davon geblieben sind. Zum eine wegen der Gegenwart, wo wir bedingungslos in das kollektive Stöhnen einstimmten und uns an die üblichen Ratschläge hielten, die für diese hohen Temperaturen galten: viel trinken, oft in kühlen Räumen aufhalten, nicht zu sehr anstrengen – ich muss das nicht alles aufzählen …

Die extreme Hitze des Sommers hat mich aber auch oft an zurückliegende Zeiten denken lassen. Zeiten, in denen es mitunter ebenfalls unerträglich heiß war und einem die klugen Ratschläge von klugen Leuten nichts nützten. Ich meine die Zeit der Haft. Ich habe in der Potsdamer U-Haft-Anstalt alle vier Jahreszeiten durchlebt und dabei auch den Winter, in dem einem neben der Kälte der dunstige Qualm von diversen Schornsteinen aus der Innenstadt zusetzte, verflucht. Aber jene heißen Tage in den Sommermonaten hatten es extrem in sich. Die Luft, sofern man noch von einer solchen reden konnte, stand wie eine schwere, stickige Wolke in der Zelle. Die Klinkerwand des Zellentraktes war fast den gesamten Tag der direkten Sonnenstrahlung ausgesetzt, sie heizte das Gebäude wie einen Backofen auf. Durch den schmalen Spalt im Glasbausteinviereck kam kaum Luft, und die Luke in der schweren Eisentür wurde lediglich zur Geschirrübergabe oder für eine Maßregelung durch das Wachpersonal geöffnet. Es gab keine zusätzlichen Getränke, nur morgens und mittags einen Becher Kaffeeersatz und abends eine Tasse Tee. Kein Obst, kein Gemüse, nicht den Hauch einer Erfrischung. Den blauen Trainingsanzug durfte man am Tag nicht ablegen, geduscht wurde im Schnelldurchlauf nur einmal in der Woche. Ebenfalls nur einmal pro Woche war Kleidertausch. Die Freistunde – genau genommen waren es nur Freiminuten – brachte keine Erleichterung und keine Abkühlung. Die modrigen Betonkäfige waren eng und ebenso stickig wie die Zellen. Der Wachmann, der oberhalb der Drahtbespannung lief, flößte den Häftlingen zudem Angst ein. Auf dem kurzen Weg zwischen Haftgebäude und Freihofkäfig sah ich, dass einer der Wächter die Hauswand mit einem Wasserschlauch abspritzte. Eine lächerliche Maßnahme, durch die man die aufgeheizten Klinkersteine doch niemals kühlen konnte und die bestenfalls ein Alibi für das war, was dieser Staat den Menschen, die hinter der Gefängnismauer in den engen Zellen zu den inhumanen Bedingungen vegetierten, antat.

Auf ein Wort des Redakteurs

Die Nächte brachten weitere Qualen. Die Zellen kühlten sich nicht ab, da es keinen Durchzug gab. Das Liegen auf der Holzpritsche schmerzte, dazu die ständigen Lichtkontrollen, die Geräusche im Flur – und natürlich die Ungewissheit und das Grübeln über den Fortgang der Dinge.

Ich weiß, dass es allen, die diese Rubrik lesen, nicht besser gegangen ist. Und ich habe mich gefragt, ob man dieses schlimme Kapitel nicht einfach vergessen oder ausblenden soll. Aber Erinnerung ist nun mal wichtig.

Zu dieser Erinnerung gehört auch eine Rückblende in den Strafvollzug. Auch dort hatte unsereiner mit der Hitze zu kämpfen. Wir waren bis zu 18 Häftlinge in einer Zelle. Wir schliefen dreistöckig in den Betten, und die Luft war auch hier zum Schneiden. Die Wasserleitungen gaben morgens kein Wasser mehr her, man konnte die Toilette nicht benutzen, zum Waschen hatten wir uns in der Nacht, als das Wasser gerade noch so lief, mehrere Blecheimer volllaufen lassen, mit deren Inhalt man sich das Gesicht benetzen konnte.

Obwohl man morgens wie gerädert war, war man froh, aus der Zelle zu kommen. In der Fabrikhalle erwarteten einen Lärm und Gestank. Aber man wusste, es geht wieder ein Tag vorbei, und irgendwann geht es in die Freiheit.

Von all dem wird heute nicht gesprochen – es sei denn, man ist Zeitzeuge und wird zu einer Veranstaltung an eine Schule eingeladen. Und auch da treffen einen mitunter ungläubige Blicke, wenn man über die Zustände in der Haft berichtet. Oder wenn man über die Getränkeversorgung der zivilen DDR spricht: Auch da ging es katastrophal zu. Zwei, drei heiße Tage reichten aus, dann waren die Kaufhallen und Getränkestützpunkte leergekauft. Nachschub war nicht zu erwarten.

Auch an diese fürchterlichen Engpässe denke ich heute noch. Das Leben in der DDR war beschwerlich und von Zwängen und Unfreiheiten geprägt. Und es wundert mich, dass im Fernsehen, wo in zahllosen Berichten und Interviews das Leben in jenem Staat geradezu seziert wird, nicht auch darüber gesprochen wird. Vielleicht weil der damalige Kampf um die Grundversorgung und etwas Luxus heute unvorstellbar ist? Stattdessen wird das Leben in der DDR zunehmend als eine Art romantisches Abenteuer dargestellt. Camping an der Ostsee mit Entbehrungen, unhygienischen Holztoiletten und Kaltwasserduschen. Nachts am Strand die Hochleistungsscheinwerfer der Grenzüberwachung. Trotzdem sei es schön gewesen.

Die Verharmlosung der DDR ist in vollem Gange, nicht erst seit diesen Tagen. Es ist wichtig, sich dagegen zu stellen, über das zu berichten, was politische Häftlinge erlebt und erfahren haben. Die Zeitzeugen-Arbeit spielt dabei eine ganz wesentliche Rolle. Im nächsten Jahr jährt sich zum 30. Mal der Mauerfall, im Jahr danach die Wiedervereinigung in unserem Land. Wir als Widerständler, Verfolgte und heutige Zeitzeugen sollten in der ersten Reihe stehen, wenn es um diese Jahrestage geht. Die Impulse für den Zusammenbruch der DDR sind von uns ausgegangen. Erst darauf haben Bürgerrechtler und Herbst-Demos aufgebaut. Leider ist das inzwischen nicht so klar, wie es sein müsste. Aber es liegt hauptsächlich an uns, diese Klarheit zu schaffen.

Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter

In dieser Ausgabe: Der 17. Juni – die VOS ist an vielen Stellen aktiv

Titelseite

Der Mauerbau und die Folgen
Der Mauerbau leitete eines der finstersten Kapitel unserer Geschichte ein – Rede von Hugo Diederich zur Gedenkveranstaltung am 13. August 2018 in Berlin

***Redaktionsthema*:**
Erinnerung ist unumgänglich und wichtig
Die Hitze des Sommers 2018 löst Erinnerungen an die Qualen in der Haft aus 2

Mit starker Stimme und großer Entschlossenheit Gedenkveranstaltungen organisiert
Die VOS-Mitglieder pflegen die Erinnerung
- Chemnitz Zeitzeugen und Politiker sind wie immer dabei
- Rostock erinnert mit Ministerin und Bundesvorsitzendem
- Bürgermeister von Düren weiht mit VOS-Mitgliedern Gedenkstein ein
- VOS-Gruppen mit Kranzniederleung in Mainz
- Selbstbewusst und auf Augenhöhe ist das Auftreten in Görlitz 4 – 7

Die Heimat der kommunistischen Diktatur
Der Kurzkommentar zu einer Äußerung 5

Vertuschungsversuch gescheitert
Rückblick zum Flugzeugabschuss durch die Sowjets vor 35 Jahren 7

Ein wirklich alternatives Erinnerungsformat
Lutz Rathenow über den Mauerweg- Gedächtnislauf zum Gedenken an die Opfer 8

Flucht über die Bruderländer
Zeitzeugen berichten authentisch in Berlin 8

Verantwortlich waren Lehrer, Funktionäre und zahllose MfS-Mitarbeiter
Über den Missbrauch von Kindern und Jugendlichen als IM 9

Das brachte schmerzhafte Eindrücke
Eine Reise durch Deutschland mit Halt an vielen Gedenkorten 10

Rückblick: Als einen die SED für die eine eigene Meinung mit acht Jahren bestrafte
Vor vierzig Jahren brachten die Sozialisten den Reformer Bahro zur Strecke 11

Ein Kurort im Riesengebirge, der durch einen Dissidenten bekannt wurde
In Bad Flinsberg (Schlesien) wurde Rudolf Bahro geboren 11

Ein kleiner Schritt zur Wiedergutmachung
Siegmar Faust: Lesung und Gespräch. Würdigung des geleisteten Widerstands 12

Vom Vernehmer-Tisch wie selbstverständlich in die eigene Kanzlei
MfS-Mitarbeiter können seit der Einheit ganz normal als Anwälte arbeiten 12

Staatskanzlei in Potsdam sichert Unterstützung zu
Für Peter Heubach steht der Kampf gegen Stasi-Diplome weit oben auf der Agenda 13

Ein Projekt, das attraktiv ist und lange seinesgleichen nicht finden wird
Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des VOS-Zeitzeugen-Projekts in NRW zieht der Mentor der Ruhr-Uni Bochum eine beeindruckende Bilanz 14 - 18

Kein Bedarf an einem großen Heer, aber an guter Technik
Eine Anmerkung zur Wehrpflichtdebatte 18

Das Rentengesetz muss auf den Prüfstand
Neuer Versuch, neue Hoffnung? 19

Demokrat, Darsteller, Zeitzeuge
Jochen Stern zum 90. Geburtstag 20 - 21

Trotz kurzen Lebens unsterblich und immer in unserer Erinnerung
Michael Gartenschläger würde in fünf Monaten 75 Jahre 22

Der besondere Status von Opfern
Eine variierte Auslegung 22

Über Respekt, einen Irrtum und eine Nachfrage
Lesermeinungen 23

VOS-Landesgruppe NRW, andere Vereine 19, 23
Das besondere Foto, 19
Der besondere Leserbrief 22
Der besondere Kommentar 24
Leserbriefe, 8, 10, 12, 18, 23
Randnotizen 12, 18
Studierende sucht Zeitzeugen 23
Impressum / 24

Danke an alle großartigen Spender, die sich für die VOS einsetzen!

Der Vorstand hat nichts einzuwenden, wenn es demnächst wieder einige mehr wären

Manfred Schulz, Alfred Ullmann, Fritz Hofmann, Matthias Fischer, Sigrid Schulz, Peter Hellmund, Herta Lahne, Dr. Günter Rein, Kurt Siehl, Waltraud und Johannes Rink, Horst Wagner, Gottfried Freund, Gerd Ahnert, Wolfgang Lehmann, Erhard Göhl, Gottfried Walther, Herbert Thomas, Werner Mieth, Günter Meise, Eberhard Pohl, Annelie Fratz, Annelies Schnabel, Günther Müller, Vera Falke, Siegfried Grulke, Wilhelm Sperling, Manfred Krafft, Rudolf Keick, Bernhard Buhr, Dietrich Jacobs, Hannelore Dahnke, Hagen Herbst, Jürgen Ulrich, Bernd Brenzel, Karl-Heinz Ulrich, Günter Steinrücken, Irene Petzel, Gerd Wacker, Hans Schwan, Reinhard Köhler.

Einige Beiträge, Fotos konnten aus Platzmangel in dieser Ausgabe **nicht berücksichtigt** werden.
Lesen Sie in der **nächsten Ausgabe** über die Jugendgruppe der VOS sowie die Berichte zu den Feierlichkeiten zum 13. August (u. a. Mauerweglauf).

Gedenken, Gespräche und Kampf gegen das Vergessen

VOS-Mitglieder engagieren sich konsequent für die Erinnerung an den 17. Juni 1953

Der Volksaufstand vom Juni 1953 ist ein Gedenktag, der für viele Menschen in unserem Land keine Rolle mehr spielt. Es liegt nicht nur daran, dass er vergessen ist oder als unbedeutend angesehen wird. Vielmehr wissen jüngere Generationen gar nicht mehr, was es mit diesem Datum, an dem in der damaligen DDR nahezu flächendeckend ganze Betriebsbelegschaften streikten und Menschen in den Städten demonstrierend auf die Straßen gingen, auf sich hat. Protestiert wurde zunächst gegen staatlicherseits beschlossene drastische Lohnerhöhungen, gegen die sich die „Werktätigen“ auflehnten. Dann zeigte sich jedoch, dass sich der Widerstand der Demonstranten massiv gegen die Herrschaft von SED und sowjetischen Besatzern richtete. Das Eingreifen der sowjetischen Militärs diente daher nur dem Machterhalt der KPdSU und ihrer Ost- Berliner Vasallen.

Mit den historisch wichtigen Ereignissen vom Juni 1953 verbinden sich zwei wesentliche Erkenntnisse: Zum einen war unser Land in jenen Tagen so nahe an der Wiedervereinigung wie über spätere Jahrzehnte niemals mehr. Zum anderen zeigt die Niederschlagung der Massendemonstrationen mit Panzern und Feuerwaffen, dass wir es 1989 mit einem Glücksfall zu tun hatten. Wären auch hier die Panzer der Sowjets gerollt, hätten die Demonstrationen in einem Blutbad geendet und die beiden deutschen Staaten würden heute noch existieren. Dieser Glücksfall hatte vornehmlich mit der Nachgiebigkeit von KPdSU-Sekretär Gorbatschow und der Durchsetzungskraft von Bundeskanzler Helmut Kohl zu tun. Wäre ein Mann wie Wladimir Putin sowjetischer Regent gewesen und ein Kanzler wie Gerhard Schröder deutscher Regierungschef geblieben, würde es heutigen tags in Deutschland und Europa anders aussehen.

Es ist erfreulich und wichtig, dass viele VOS-Mitglieder, obwohl auch nicht mehr ganz jung, das Gedenken an den Volksaufstand, der sich zum 65. Mal jährte, nach wie vor ernst nehmen und keine Mühen scheuen, öffentlich auf die Bedeutung jenes historischen Datums hinzuweisen und dabei der Opfer zu gedenken. Dies geschah sowohl in den Alten wie auch in den Neuen Bundesländern.

Die Freiheitsglocke hatte in den letzten Jahren mehrfach Zeitzeugen-Berichte von Kameraden abgedruckt, die den Aufstand miterlebt haben. In der vorigen Ausgabe war dies der Rückblick von Horst Kreeter, der als junger Mann auf die Straße gegangen war, um mit vielen anderen für die Rückkehr zu Freiheit und Demokratie zu kämpfen. Nur knapp und durch viel Glück entging er der Verhaftung durch die Sowjets. Sein atemberaubender Bericht ist spannend und beeindruckte die Leser.

Auf den folgenden Seiten ist zu lesen, wie und wo in diesem Jahr Gedenkveranstaltungen unter VOS-Beteiligung zum Tag der Deutschen Einheit – so wurde dieses Datum vor der Wiedervereinigung begangen – stattfanden.

Würdiges Gedenken an die Ereignisse vom Juni 1953 in Chemnitz

Die VOS-Bezirksgruppe Chemnitz-Stollberg- Hohenstein-Ernstthal gedachte wieder gemeinsam mit dem Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e. V. des Volksaufstandes vom Juni 1953. Am Vormittag des 17. Juni boten die Vereine in Begleitung eines Zeitzeugen die Führung durch das ehemalige Kaßberg-Gefängnis an, welche sehr gut angenommen wurde. Die Tatsache, dass bei dieser Gelegenheit ehemalige politische Häftlinge, Vertreter der Rehabilitierungsbehörde Chemnitz und Besucher ins Gespräch kamen, war informativ und gewinnbringend.

Gegen 11.00 Uhr begann die gut besuchte Gedenkveranstaltung an unserer Stele auf dem Kaßberg. Nach der Kranzniederlegung erinnerte der Vorsitzende der VOS-Bezirksgruppe Holker Thierfeld in seiner Begrüßungsrede: „Anlässlich dieses denkwürdigen Tages wollen wir der Toten und der zu Unrecht Verfolgten gedenken. Die freiheitlich- demokratischen Bestrebungen wurden brachial niedergeschlagen, viele Menschen verloren ihr Leben oder mussten langjährige Zuchthausstrafen verbüßen.“

In die Schweigeminute schloss die Bezirksgruppe insbesondere die kürzlich Verstorbenen Frau Ellen Thiemann und Herrn Manfred Barth ein. „Unsere Gedanken sind bei den Angehörigen“, so Holker Thierfeld in seiner Ansprache.

Die Gedenkreden wurden von Frau Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig (SPD), Herrn Frank Heinrich (CDU), Kamerad Jörg Petzold (VOS), Frau Hanka Kliese (Vorstandsmitglied Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e. V, MdL-SPD) und Herrn Frank Müller-Rosentritt (FDP) gehalten. Die VOS-Bezirksgruppe Chemnitz-Stollberg- Hohenstein-Ernstthal arbeitet seit vielen Jahren vertrauensvoll mit dem Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V. zusammen. Beide Vereine engagieren sich jedes Jahr für ein würdiges Erinnern an den Volksaufstand von 1953.

Steffi Lehmann, Holker Thierfeld

VOS in Rostock: Der 17. Juni muss (wieder!) ein Feiertag werden

Detlef Chilla und Dr. Fred Mrotzek nehmen mit Ministerin an wichtiger Gedenkveranstaltung teil

Mit der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 unterdrückte die SED massiv die Meinungs- und Pressefreiheit im „Arbeiter- und Bauernstaat“. Andersdenkende wurden verfolgt und eingesperrt. Die immer fortwährenden leeren Versprechungen der SED, führten nicht zu einer grundlegenden Verbesserung des Lebensstandards seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Die DDR-Führung unter Leitung der SED verlangte von den Arbeitern noch stärkere Anstrengungen bei gleichbleibend niedrigen Löhnen, sodass es im Frühsommer des Jahres 1953 zu spontanen Streiks kam. Diese breiteten sich auf die gesamte DDR aus und fanden am 17. Juni in der Berliner Stalinallee einen Höhepunkt. Es ging hierbei nicht nur um Normen und Einkommen, sondern es ging um die Freiheit. Diese Männer und Frauen, haben unter größtem Risiko gegen die Diktatur demonstriert. Sie haben mit ihrem mutigen Eintreten für die Freiheit ein Fanal gesetzt, das die Machthaber der DDR nie vergessen haben.

Die Opfer der SBZ-/ DDR- Diktatur mussten lernen Vorurteile und Verfolgung zu akzeptieren – die Konsequenzen sind bekannt. Im Jahr 2018 – 65 Jahre nach dem Juni-Aufstand von 1953 – ist das nicht mehr so. Wir leben in einer offenen und demokratischen Gesellschaft, in der wir uns selbst verteidigen und für unsere Rechte eintreten können. Wir lassen uns nicht dämonisieren, denn wir Deutschen haben allen Grund, stolz zu sein auf die Frauen und Männer, die mit ihrem selbstlosen Einsatz für Demokratie und für die Freiheit nachfolgender Generationen eingetreten sind.

Der 17. Juni sollte (wieder!) ein Feiertag sein.

Am 17. Juni 2018 gedachten die Mitglieder der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS), Landesverband Mecklenburg-Vorpommern in Anwesenheit der Justizministerin von Mecklenburg-Vorpommern, Frau Katy Hofmeister (Foto rechts), diesen Tag und setzte ein Zeichen für die baldige Wiedereröffnung der Dokumentations- und Gedenkstätte des BStU in der ehemaligen U-Haft der Stasi in Rostock.

Im Weiteren sprachen sich die Mitglieder der VOS e. V. in Anwesenheit des VOS- Bundesvorsitzenden Detlef Chilla (Foto 2. v. r.) und des VOS-Landesvorsitzenden Dr. Fred Mrotzek (Foto 2. v. l.) für den Erhalt der MfS-Haftanstalt in Neubrandenburg als Erinnerungsstätte aus. Detlef Chilla wies in seiner Ansprache nachdrücklich darauf hin, dass die exakte Zahl der Toten, Verletzten und Inhaftierten auch nach 65 Jahren nicht ermittelt werden konnte. Man gehe zwar von 25.000 Verhafteten, 25 Toten und 62 vollstrecken Todesurteilen aus. Aber – und dies bestätigt auch das Schicksal von Horst Kreeter – spätere Verhaftungen und Verfolgungen, die auf den im Juni 1953 geleisteten Widerstand zurückzuführen seien, ließen sich nun einmal nicht konkret beziffern. Trotzdem, so der VOS-Bundesvorsitzende, müsse man allen, die sich damals eingesetzt und unter dem SED-Regime gelitten haben, einen Platz in der Geschichte einräumen und ihnen uneingeschränkt Hochachtung entgegenbringen.

André Rohloff

© Foto A. Rohloff. Bildmitte: May-Britt Krüger, stellvertretende Bundesvorsitzende der VOS und Uwe Schmucker.

Die USA ein Polizeistaat?

Da spricht die Erfahrung

In einer öffentlichen Erklärung vom 9. August bezeichnete der russische Außenpolitiker Kossatschow die USA als einen Polizeistaat. Man müsste meinen, dass gerade der Vertreter eines Landes, in dem man – teils unverhohlen – einem Massenmörder namens Stalin huldigt und sich bewusst weigert, die unvorstellbaren Verbrechen einer jüngst erst zugrunde gegangenen kommunistischen Diktatur zuzugeben, geschweige denn aufzuarbeiten, weiß, wovon er spricht, wenn er mit derartigen Begriffen um sich wirft. Die Wahrheit ist: Wer am 9. Mai die Moskauer Militärparade verfolgt hat, der weiß, wo Waffen und Gewalt eine Heimat haben. *TH*

die VOS erinnert

Gedenkstein steht vor dem Gymnasium

Dürener Bürgermeister gedenkt gemeinsam mit den VOS-Vertretern

Die VOS-Mitglieder in Nordrhein-Westfalen trafen sich anlässlich des Volksaufstandes am Gedenkstein in Düren, um dort einen Kranz für die Opfer und Widerständler niederzulegen. An ihrer Seite war Bürgermeister Paul Larue, der diesen 65. Jahrestag des Volksaufstandes zum Anlass nahm, die Opfer ebenfalls zu ehren und gemeinsam mit den Vertretern der VOS der brutalen Niederschlagung der Demonstrationen, bei denen damals große Teile der Bevölkerung gegen das SED-Regime sowie wirtschaftliche und soziale Missstände und für Freiheit und Demokratie sowie die Wiedervereinigung eingetreten waren, zu gedenken. Ein Gedenkstein soll dazu beitragen, so Bürgermeister Paul Larue, diesen wichtigen Tag der Deutschen Geschichte, nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Der Stein befindet sich inmitten einer Grünanlage vor dem Dürener Rurtal- Gymnasium und ist somit für Schüler, Lehrkräfte und andere Passanten deutlich sichtbar. Nachlesen über das Gedenken kann man weiter unter der Dürener Internetadresse: http://www.dueren- magazin.de/9844-dueren- gedenken-an-die-opfer-des- volksaufstandes-vom-17-juni-1953. *Fg*

Hinweis des Redakteurs:
Die Berichte über die VOS- Veranstaltungen zum 57. Jahrestag des Mauerbaus erscheinen in der nächsten Ausgabe.
Bitte nicht zu spät zusenden.

Die Erinnerung pflegen

Kranzniederung in Mainz

Versehen mit Grüßen aus dem Westerwald übermittelte Siegfried Keil einen Kurzbericht vom Opfergedenken der VOS-Mitglieder Hessens und Rheinland-Pfalz‘, das in der ZDF-Stadt Mainz stattfand. Am dortigen Ehrenmal wurde ein Blumengebinde niedergelegt. Gerd Franke (oberes Foto mit gestreiftem Pullover), der sich stets gegen das Vergessen einsetzt, gab einen kleinen Abriss über den Verlauf des Aufstandes vom Juni 1953.

Auch Siegfried Keil (Autor dieses Beitrags und Züchter einer „Rose gegen das Vergessen“) legte als Zeitzeuge seine Erinnerungen an den Aufstand in den früheren Leuna Werken dar und berichtete Einiges über seine Haftzeit im Untertagebergbau des Mansfeld Kombinates in Sachsen-Anhalt.

Zur Festigung des Zusammenhalts und des persönlichen Gedankenaustauschs ließ die Gruppe den Gedenktag in einer entspannten Runde ausklingen.

Siegfried Keil (Text und oberes Foto)

Foto Mitte von l. n. r.: Detlev und Rotraut von Dechend, Peter Hippe, Bürgermeister Paul Larue, Felix Heinz Holtschke, W. Dittrich.

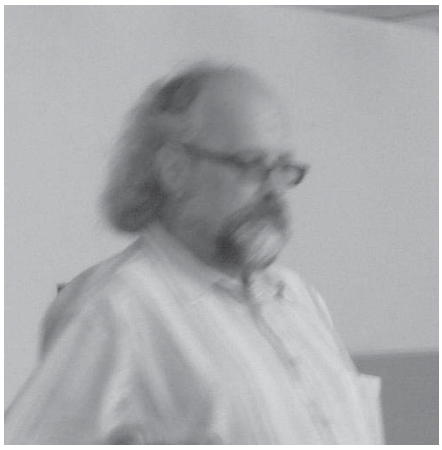
Das untere Foto wurde von den Berliner VOS-Kameraden übermittelt. Es zeigt mehrere Kranzgebinde am Ministerium der Finanzen an der Leipziger Straße. Das dortige Gebäude war in der NS-Zeit das Reichsluftfahrtministerium. Zu DDR-Zeit war es Ministerium der Finanzen. Von einigen Bürofenstern konnte man über die Mauer nach West-Berlin blicken.

Mit kritischer Haltung etwas bewirken und verbessern

Martin Peschecks ungewöhnliche Rede zur Görlitzer Gedenkfeier findet positives Echo

Dass es eine „ungewöhnliche“ Rede war, die VOS-Mitglied Martin Pescheck am Gedenkstein vor der früheren Stasi-Zentrale seiner Heimatstadt Görlitz bei den Gedenkfeierlichkeiten anlässlich des 65. Jahrestages des Volksaufstandes vom Juni 1953 hielt, bestätigte sogar die regionale Presse.

Kamerad Pescheck brachte mehrere Monate in der U-Haft in Görlitz zu, da er gegen den Staat opponierte. Dies jedoch war nicht vordergründig das Thema seiner Rede. Es ging um aktuelle Unzufriedenheiten, und dies mit Blick auf die heutige politische Landschaft, wo sich im Überbau eine gewisse Starrheit und Unerreichbarkeit entwickelt haben.



Sicher ist diese Unzufriedenheit in keiner Weise mit jener von 1953 vergleichbar. Damals gärte es in Görlitz gewaltig. Der Volksaufstand bekam Dimensionen wie sie sonst nur Leipzig oder einige Arbeiterzentren hatten. Man erinnere sich: Es war in jener Zeit erst wenige Jahre nach Kriegsende, viele Vertriebene aus Schlesien hatten sich in Görlitz festgesetzt, weil sie an die Abtretung der Ostgebiete nicht glauben konnten und auf eine Rückkehr hofften. Zudem herrschte Wohnungsmangel, Verhaftungen waren an der Tagesordnung.

Inzwischen liegen die Probleme auf anderen Gebieten und beinhalten auch kein – zumindest vergleichbares – revolutionäres Potenzial. Denn das steht fest: Von Freiheit und Demokratie war in der SED-Diktatur niemals auszugehen. Die Freiheit ist erst mit dem Mauerfall gekommen, das wusste Martin Pescheck in seiner Rede darzulegen. Aber es sei inzwischen nicht mehr die großartige Freiheit, die sich in den 1990er Jahren unaufhaltsam ihren Weg gebahnt habe. Die heutige Freiheit leide unter Missbrauch und falscher Handhabung von Sozialleistungen, und sie werde durch das Überborden von Bürokratie, die sich von einer behördlichen Instanz zur nächsten erhöhe, erstickt und eingeschränkt.

Ganz gewiss ist dieser Ansatz nicht falsch, und den Vorwurf, dass sich die Deutschen angewöhnt hätten, bei auftauchenden Problemen den Staat verantwortlich zu machen, anstatt sich selbst zu bemühen, hört man mittlerweile von vielen Seiten. Ganz sicher trifft Martin Pescheck damit den Nagel auf den Kopf. Besserungen sind gefragt und erforderlich. Wie schnell und vielleicht unkompliziert sich demnach unser Rechts- und Verwaltungssystem vereinfachen ließe, bleibt aber vorerst unbeantwortet.

Die nächste Frage ist natürlich auch, ob es nicht doch andere, soll heißen schwerwiegende Faktoren sind, die zu Unzufriedenheiten mit regierenden bzw. vom Volk gewählten Instanzen führen und die Stimmenanteile der AfD hochtreiben und leider die der Linken konstant halten, sollte jedoch genauso angesprochen werden: niedrige Renten, Umgang mit Flüchtlingen, Energiekosten.

Wichtig für uns als Verband ist jedoch, dass man diesen kompetenten Kameraden Martin Pescheck zu einer hochkarätigen Veranstaltung eingeladen hat, dass man ihn ernst nimmt und über sein Nachdenken zur Situation in unserer Gesellschaft selbst nachdenkt, dass die Presse sehr ausführlich und positiv berichtet hat. Peschecks Rede war mehr als der „übliche“ Textbeitrag. Ihr Inhalt zeigt, dass sich unsere Mitglieder über die Zustände im Land Sorgen machen, dass sie aber auch bereit sind, an Verbesserungen mitzuarbeiten und ohne jede Scheu den Finger in eine Wunde legen, die nicht nur die Opfer und Verfolgten der SED schmerzt. Denn so offen und selbstbewusst und nicht als Bittsteller oder Klinkenputzer bei Parteien und Politikern können wir auf Augenhöhe erstens unser keineswegs bescheidenes Ansehen aufpolieren und zweitens etwas zur Durchsetzung der eigenen Interessen erreichen. Davon abgesehen ist Görlitz eine herrliche Stadt geworden, ein Schmuckstück in Niederschlesien. Diese nach wie vor geteilte Metropole ist bis zum Mauerfall zunehmend dem Verfall preisgegeben und sie wäre ohne Förderungen und Investitionen durch die Bundesrepublik ein Schandfleck geworden.

An der Gedenkfeier nahmen der Ober-Bürgermeister von Görlitz Dr. Michael Wieler und weitere wichtige Persönlichkeiten teil. *B. Thonn*

Damals

31. August 1983

Fast ist das Ereignis in den Tiefen der Geschichte versunken: Am 31. August 1983 schoss die sowjetische Luftwaffe ohne vorherige Warnung und ohne akzeptable Begründung eine zivile Boeing 747-230B mit dem Luftfahrzeugkennzeichen HL7442 ab, nachdem diese irrtümlich auf sowjetisches Territorium gelangt war. 264 Menschen verloren ihr Leben. Wie üblich versuchte Moskau, den Vorfall erst geheiheimzuhalten, was jedoch wegen des internationalen Aufsehens nicht gelang. Schließlich wurde – auch das war üblich – der amerikanische Geheimdienst als Auftraggeber eines Spionageaktes beschuldigt.

Als Konsequenz verhängte Präsident Reagan ein dreijähriges Flugverbot für Aeroflot in die USA. Eine Maßnahme, die eine klare Sprache im Umgang mit Moskau zeigte. Die einzige Sprache, in der man sich auch heute mit Putin verständigen kann. *T.H.*

Der Todesschuss wurde bis zum Mauerfall vertuscht

Der diesjährige Mauerweg-Gedächtnislauf ist einem erschossenen Zehnjährigen gewidmet

Pressemitteilung Behörde des Landesbeauftragten Sachsens Nr. 24 / 2018 vom 09.08.2018

Am Montag jährt sich zum 57. Mal der Bau der Berliner Mauer. Der Mauerbau komplettierte die Abriegelung der innerdeutschen Grenze, die bereits 1952 begonnen hatte. 28 Jahre, 2 Monate und 28 Tage lang teilte die Mauer das Land. Familien, Freunde und Liebespaare riss sie auseinander.

In Berlin wurden mindestens 140 Menschen bei dem Versuch, den Todesstreifen zu überwinden, getötet. Jörg Hartmann und Lothar Schleusener sind zwei von ihnen. Doch waren sie nicht auf der Flucht, sondern spielten am 14. März 1966 nach Einbruch der Dunkelheit im Grenzgebiet, bis ein Grenzsoldat ihre Schatten sah. Er eröffnete das Feuer auf die 10- und 13-jährigen Kinder, die an Ort und Stelle starben. Jörg Hartmann galt offiziell als ertrunken. Erst nach dem Mauerfall erfuhr die Familie von seinem gewaltsamen Tod an der Grenze.

Sein Schicksal steht im Mittelpunkt des 100-Meilen-Berlin-Laufs, der am Sonnabend stattfindet. Der Lauf folgt auf 160 Kilometern dem ehemaligen Grenzstreifen und steht unter dem Motto „100 Meilen gegen das Vergessen“. Die Finisher-Medaille trägt das Konterfei von Jörg Hartmann. An Stationen erhalten die Läufer Gelegenheit, mehr über sein Schicksal zu erfahren und eigene Gedanken festzuhalten.

Seit 2011 gibt es den Lauf der Superlative, der auch internationale Gäste anzieht. Der Ultramarathon ist mehr als nur Sport-Event.

Viele Gäste kommen wegen der Geschichte, die dahinter steckt.

Lutz Rathenow dazu: „*Die Erinnerung an den Mauerbau und seine Folgen ist für unser heutiges Selbstverständnis grundlegend. Dass es neben offiziellen Gedenkstunden zunehmend auch alternative Erinnerungsaktivierungsformate gibt, ist sehr wichtig. Nur in der Verschränkung mit zivilgesellschaftlichen Initiativen kann die Erinnerung an die Opfer der Deutschen Teilung in die Gesellschaft hineingetragen werden. Der Mauerlauf, der jedes Jahr einem konkreten Maueropfer gewidmet ist, leistet hier viel. Er zeigt, dass hinter den Zahlen immer konkrete Schicksale stehen, und er aktiviert tausende Läufer beim Kampf gegen die Kilometer darüber nachzudenken.*“

Aus Dresden treten dieses Jahr zwei Teams vom *Hirschruf Dresden* an. In der Zweierstaffel starten die Bronzegewinner von 2016, Martin Ehrhardt und Marcus Trocha. In der Viererstaffel geht erstmals auch der Dresdner Schauspieler Ahmad Mesgarha mit an den Start. Nancy Aris begleitet die Läufer nach Berlin und unterstützt sie dort vor Ort. *Dr. Nancy Aris*

Anm. d. Red.: Der diesjährige Gedächtnislauf findet nach Redaktionsschluss dieser Fg-Ausgabe statt. Sofern für die nächste Fg Berichte und Fotos vorliegen, werden diese veröffentlicht.

Bulgarien oder CSSR – Fluchtversuch über die „Bruderländer“

Betroffene berichten anlässlich des 57. Jahrestags des Mauerbaus

Unter dem Titel „Die verlängerte Mauer – Fluchtversuche am Eisernen Vorhang“ luden die Stiftung Aufarbeitung und die Stiftung Berliner Mauer am 9. August 2018 zur gemeinsamen Veranstaltung in die Gedenkstätte Berliner Mauer im Besucherzentrum in der Bernauer Straße 119 ein.

In der Ankündigung hieß es: Als am 13. August 1961 die Berliner Mauer gebaut wurde, hatten bereits mehr als 2,7 Millionen Menschen die DDR verlassen. Trotz Stacheldraht, Schießbefehl, Todesstreifen und der Androhung von Strafen riskierten die Menschen auch nach 1961 lebensgefährliche Fluchtversuche aus der SED-Diktatur. Der kontinuierliche Ausbau des Grenzregimes versperrte zwar erprobte Routen, konnte die Fluchtbewegung aber nicht stoppen. Fluchtwillige schlugen andere Wege ein und suchten seit den 1970er-Jahren verstärkt nach Möglichkeiten, über die östlichen „Bruderstaaten“ in den Westen zu gelangen. Sie hofften auf nachgiebigere Kontrollen und geringere Strafen – jedoch wurden Tausende entdeckt, verhaftet und an die DDR-Behörden überstellt.

Im Mittelpunkt standen neben einem Fachvortrag und der Begrüßung die Erinnerungen der Zeitzeugen Thomas von Grumbkow und Peter Keup an ihre Fluchtversuche über die Tschechoslowakei und Ungarn, über Bulgarien und Jugoslawien in den Jahren 1981 bis 1983.

Peter Keup (Foto) ist aktives Mitglied in der Zeitzeugen-Gruppe NRW. Er nimmt sowohl als authentischer ehemaliger politischer Häftling wie auch als wissenschaftlicher Begleiter an Veranstaltungen an den Schulen teil. *Valerie Bosse/ Stiftung*

Ich ahne nichts Gutes, und meine Nachkommen tun mir einfach leid

✉ Was ist bloß los in diesem Land? Sprach man in den 1990er Jahren von der DDR als einem Verbrecherregime und der SED-Diktatur, so ist es heute nur noch der Unrechtsstaat. Und auch sonst ist man vorsichtig. Am liebsten spricht man gar nicht mehr über das Gewesene. Man hat damals Honecker laufen lassen und ließ nachher auch Erich Mielke wegen seines Alters und Gesundheitszustandes „in Frieden“. Beiden widmete man beschönigende Fernsehfilme.

Was uns ehemalige politische Häftlinge betrifft – wer nimmt uns heute noch ernst? Wir existieren bei den Politikern nur zu gegebenen Anlässen, dann kann man sich gut mit uns zeigen. Mittlerweile haben sich die Linken etabliert und festgesetzt. Es ist erschreckend, dass – wenn es gegen die AfD geht – sich selbst CDU oder kirchliche Kreise mit dieser Partei verbünden. *Siegfried Müller, 88 Jahre (gekürzt)*

Die fatalen Praktiken des MfS: Der Jüngste war gerade neun Jahre

Dass die DDR ein "kinderfreundlicher Staat" war, ist ein gravierender Irrtum. Peter Heubach berichtet über die Ergebnisse seiner letzten MfS-Recherche

Ein bisher weitgehend unbekanntes Thema wurde Ende 1995/Anfang 1996 durch den Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen weiter in die Öffentlichkeit gerückt: DER MISSBRAUCH von KINDER und JUGENDLICHEN im Alter von 9 bis 18 Jahren als IM (Inoffizielle Mitarbeiter des Staatssicherheitsapparates der DDR) durch das MfS. Mit diesem Thema beschäftige ich mich im Rahmen meiner unentgeltlichen Akteneinsicht seit Oktober 1992 in der Außenstelle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Suhl.

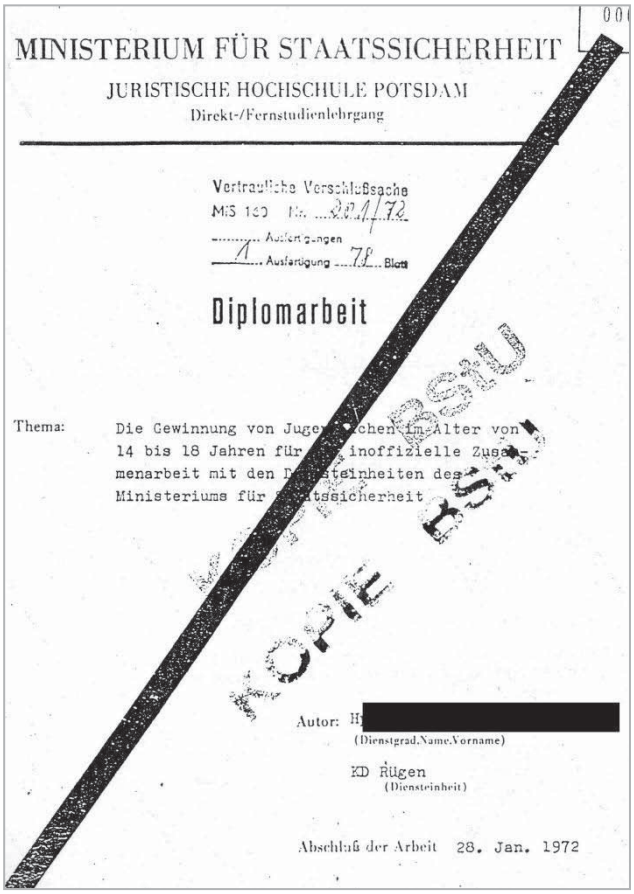
Rücksichtslos wurden Kinder und Jugendliche in die Fänge des MfS getrieben, wo sie als IM missbraucht wurden. Der Jüngste war erst neun Jahre. Es wurden durch das MfS Pläne für eine Werbung von Minderjährigen zur inoffiziellen Mitarbeit erstellt (siehe Diplomarbeit der JHS Potsdam), die beinhalteten, ein vorgetäuschtes Vertrauensverhältnis aufzubauen, Karrieren und Versprechungen anzukündigen und so die jungen Opfer an sich zu binden und durch ihre Mitarbeit schwer zu belasten. Abgesehen davon: Gehalten wurde von all dem nie etwas. Stattdessen wurde die Verunsicherung der Jugendlichen Unsicherheiten durch das MfS rücksichtslos ausgenutzt.

Verantwortlich waren die Lehrer und Funktionäre in den Schulen, die zahllosen Mitarbeiter der Abteilungen Inneres in den Räten der Gemeinden, der Städte, Kreise und Bezirke und natürlich die „operativ tätigen“ Verantwortlichen – zum Teil hauptamtliche, zum Teil inoffizielle Mitarbeiter des MfS – und nicht zuletzt die staatlicherseits Beauftragten in den Wehrkreiskommandos und auch Stellen der „bewaffneten Organ“ des SED-Staates.

Dokumente, die Ende 1995/ Anfang 1996 in der Behörde des BStU aufgefunden wurden, beweisen den Missbrauch von Kindern und Jugendlichen als IM durch das MfS und somit der Staatspartei SED. Dieser Missbrauch wurde unter anderem an der ehemaligen Hochschule des MfS in Potsdam ausgearbeitet und in der Praxis durch die operativ tätigen Mitarbeiter des MfS umgesetzt.

Kindern und Jugendlichen wurde bei einem möglichen "Geheimnisverrat" des Kontakts mit dem MfS mit der Einweisung in einen Jugendwerkhof oder in andere Spezialheime und Strafanstalten gedroht. Vielen gelang es dennoch sich trotz der Androhung einer Inhaftierung aus den Fängen des MfS in Form der Dekonspiration und Offenlegung des Kontakts mit den MfS zu befreien. Sie wurden allerdings als "Versager" und "Verräter" abgestempelt, und ihre berufliche Laufbahn wurde unwiderruflich verbaut. Ohnehin waren sie den Schikanen der Behörden der DDR ausgesetzt. Sogar ihre Angehörigen waren von den Benachteiligungen und Diskriminierungen betroffen. Aufgrund des SED- Unrechtbereinigungsgesetzes konnten einige von ihnen nach dem verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz rehabilitiert werden. Das betraf Personen, die sich auf keine Karrieren und keine Zusammenarbeit mit dem MfS eingelassen hatten und sich aus den Fängen des MfS befreien konnten.

Um das zu verdeutlichen, habe ich einige Dokumente herauskopiert, die ich für die weitere Argumentation in meinem zähen Kampf für die Aberkennung der akademischen Grade des MfS als Beweismaterial verwenden will.



MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

JURISTISCHE HOCHSCHULE POTSDAM

Direkt-/Fernstudienlehrgang

Vertrauliche Verschlußsache

MfS 140 Nr. 301/72

..... Ausfertigungen

1 Ausfertigung 78 Blatt

Diplomarbeit

Thema: Die Gewinnung von Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren für eine inoffizielle Zusammenarbeit mit den Diensteinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit

Autor: H[redacted]

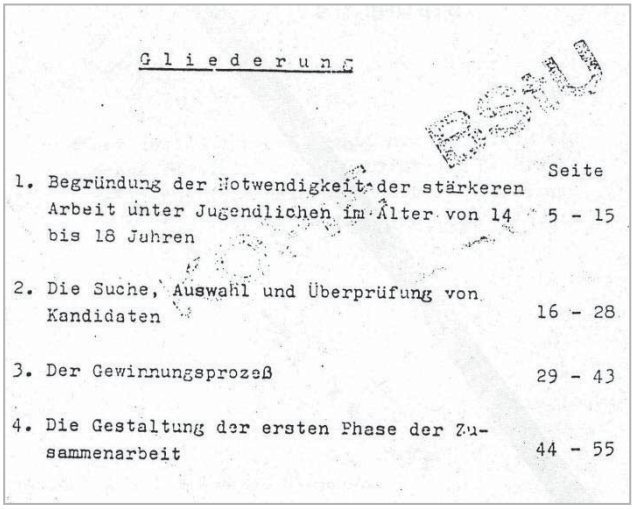
(Dienstgrad,Name,Vorname)

KD Rügen

(Diensteinheit)

Abschluß der Arbeit 28. Jan. 1972

Ich bin der Meinung, dass dieses hoch sensible Thema bei einem der nächsten Kongresse der Landesbeauftragten der Neuen Bundesländer im Mittelpunkt stehen sollte. Gerade im Klima des nachlassenden Interesses an der untergegangenen SED-Diktatur wäre es gut zu verdeutlichen, wie "kinderfreundlich" die DDR war.



Gliederung

	Seite
1. Begründung der Notwendigkeit der stärkeren Arbeit unter Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren	5 - 15
2. Die Suche, Auswahl und Überprüfung von Kandidaten	16 - 28
3. Der Gewinnungsprozeß	29 - 43
4. Die Gestaltung der ersten Phase der Zusammenarbeit	44 - 55

So kinderfreundlich, dass sie unschuldige Minderjährige schutz- und gewissenlos an die Geheimpolizei auslieferte.

Mit kameradschaftlichen Grüßen

Peter Heubach/ Bearbeitung: Fg

Gedenken und Erinnern sind auch eine individuelle Sache und können umso mehr von ganzem Herzen kommen

Buchenwald, Sonneberg, Zonenrandgebiet waren von der Teilung stark betroffen

Am 3.Mai 2018 stattete ich der Gedenkstätte Buchenwald einen Besuch ab. Während des Besuches gedachte ich meines Großvaters, der vom 16. Juni 1938 bis zum 14. Dezember 1938 im Block 34 des KZ Buchenwald inhaftiert war. Das Konzentrationslager Buchenwald diente von 1945 bis 1950 als Sowjetisches Speziallager. In dieser Zeit kamen schätzungsweise 6.000 bis 7.500 Menschen, die zum Teil unschuldig inhaftiert waren, ums Leben. Ich gedachte daher am Waldfriedhof, wo sich die sterblichen Überreste der Opfer des Stalinismus befinden, auch der zu Tode gekommenen Kameradinnen und Kameraden.

Da ich aus beruflichen Gründen, einen Wohnortwechsel in mein Heimatbundesland Thüringen vornehmen werde, werde ich hier in Zukunft intensiv als Zeitzeuge tätig sein. Dies geschieht nicht zuletzt, weil ich auch Fördermitglied in Buchenwald bin.

Während dieser Reise hielt ich auch in meiner Heimatstadt Sonneberg und besuchte mehrere Orte, die von 1945 bis 1990 in unserem Landkreis vom kommunistischen Unrecht berührt wurden.

Dazu zählt das Dorf Liebau, das 1952 zum Teil mit der Aktion „Ungeziefer“ zu leiden hatte. 1975 erfuhr die Siedlung Räppelsburg ihr Schicksal. Der Ort lag an der Lokalbahnlinie Pressig – Rottenkirchen – Tettau. Er wurde durch die stalinistischen Machthaber platt gemacht.

Ich gedachte der Opfer der Aktion „Ungeziefer“, der Zwangsausgesiedelten.

Erfreulich für die Menschen in den Landkreisen Sonneberg, Coburg und Kronach war die Grenzöffnung in den Novembertagen des Jahres 1989. Sie befanden sich auf einmal nicht mehr im Zonenrandgebiet, sondern wieder in der Mitte Deutschlands.

Deshalb müssen wir an die Zeit vor 1989 und die Teilung Deutschlands sowie die damit verbundenen Verbrechen der stalinistischen Machthaber im Osten Deutschlands und Osteuropas immer wieder erinnern. Das muss unsere ehrliche Verpflichtung sein.

Peter Heubach
Fotos: © P. Heubach

Die unsichtbare Hand der arbeitsteiligen Wirtschaft

Nachtrag zur Buchvorstellung Gerd Peter Leube in der vorigen Freiheitsglocke

In der vorletzten Fg stellten wir das Buch von Gerd-Peter Leube zur Untersuchung von optimalen Arbeitsteilungen vor, das auch eine Auseinandersetzung mit den politökonomischen Veröffentlichungen von Karl Marx beinhaltet und sich mit den wirtschaftlichen Folgen bis in die heutige Zeit befasst.

Kamerad Gerd-Peter Leube ist noch mit der Weiterentwicklung seiner bisherigen Ergebnisse befasst. Er weist darauf hin, dass, wer Interesse hat, seinen diesbezüglichen Internet-Auftritt unter der von ihm gestalteten Homepage www.optimale-arbeitsteilung.de besuchen kann. Wer es bisher versäumt hat, sich das Buch zu beschaffen, der hat zudem immer noch Gelegenheit. Wie man es in den vorigen Fg erfahren kann, hat die kritische Auseinandersetzung mit Marx, seinem Werk und dessen langfristigen Folgen, nicht nachgelassen.

Gerd Peter Leube: Die unsichtbare Hand der arbeitsteiligen Wirtschaft. *Eine Untersuchung über optimale Arbeitsteilungen und deren Konsequenzen.* Im **Selbstverlag** Gerd Peter Leube, 2007, 46 Seiten, Paperback, ISBN 978-3-9811607-0-3

Für Nachfragen wenden sich Interessierte am besten an die VOS Bundesgeschäftsstelle Berlin, von wo diese weitergeleitet werden.

Man sollte bei der Lektüre nicht den Fehler machen, das Buch gleich wieder wegzulegen. Es stecken sowohl Fragen wie auch Antworten darin. *B. Thonn*

Andreas Kaiser: *Ein offenes Wort zur Freiheitsglocke*

WIR danken der Fg, die UNS dazu bringt, das verschollene Leben dieser ausgelöschten SED-Diktatur zurückzurufen. *Andreas Kaiser*

Ein stiller Aufrührer gegen die Staatssicherheit und das System

Vor 40 Jahren begann gegen den im schlesischen Flinsberg geborenen Rudolf Bahro der Prozess

Der 1989/90 untergegangene SED-Staat hatte merkwürdige Gesetze: Wurden politische Straftaten von 1949 bis 1958 nach Artikel 6 der DDR-Verfassung verfolgt, so wurde bei Rudolf Bahro schon das Strafrechtsergänzungsgesetz vom 1. Februar 1958 angewandt. Dieses Gesetz war erarbeitet worden, um jegliche Opposition gegen die Diktatur kriminalisieren zu können.

Der einstige Paragraf 15, „Sammlung von Nachrichten“, der in dem Verfahren gegen den SED- Wirtschaftsfunktionär beigezogen wurde, sah eine Höchststrafe von zehn Jahren vor.

Angeklagt war vor dem Ostberliner Stadtgericht am 27. Juni 1978 die Veröffentlichung eines umfangreichen Buches (542 Seiten) mit dem anrüchigen Titel „Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus“, erschienen 1977 in Westdeutschland. Anrüchig war der Titel deshalb, weil er nach Revisionismus roch, nach einem „dritten Weg“ zwischen Sozialismus und Kapitalismus, wie ihn die staatskritischen Intellektuellen um Wolfgang Harich (1923 – 1995) im Sommer 1956 vertreten hatten, bevor sie zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt wurden.

Rudolf Bahro wurde am 18. November 1935 in Bad Flinsberg/ Schlesien geboren und ging 1945 mit Mutter und zwei jüngeren Geschwistern auf die Flucht. Er legte 1954 in Fürstenberg/Oder ein Abitur „mit Auszeichnung“. Danach studierte er 1954/59 Philosophie an der Humboldt-Universität in Ostberlin. Seine Diplom-Arbeit trug den umständlichen und etwas befremdlichen Titel „Johannes R. Becher und das Verhältnis der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Partei zur nationalen Frage unseres Volkes“.

Der einst expressionistische Dichter Johannes Robert Becher (1891 – 1958) schrieb 1949 den Text der DDR-Nationalhymne „Auferstanden aus Ruinen“. Er war 1954/ 58 der erste Kulturminister des SED-Staates DDR.

Die Kritik am „realen Sozialismus“, die Bahro schließlich zum Dissidenten werden ließ, entzündete sich, wie immer in solchen Fällen, an einzelnen Missständen in der DDR. Durch die Moskauer Enthüllungen im Februar 1956 über die Verbrechen Stalins, wurde aber sein bisher festgefügtes Weltbild stark erschüttert. Er beobachtete die Aufstände 1956 in Polen und Ungarn mit wachsender Sympathie und erklärte öffentlich seine Solidarität mit dem Aufständischen. Was ihm dabei besonders auffiel, war die dürftige Informationspolitik seitens der DDR-Führung. Um ein vollständiges Bild über diese Vorgänge zu gewinnen, musste man Westsender wie den RIAS, den SFB oder den NDR abhören.

Nach dem Studium übte Rudolf Bahro verschiedene Berufe aus. 1965 wurde er stellvertretender Chefredakteur der Ostberliner Studentenzeitschrift „Forum“. Wegen des nicht genehmigten Abdrucks von Volker Brauns verbotenem Theaterstück „Kipper Paul Bauch“ (1965) wurde er 1967 kurzfristig entlassen.

Zehn Jahre lang, von 1967 bis 1977, lebte Rudolf Bahro zurückgezogen in der DDR-Provinz und sammelte, aller Illusionen bar, Material für sein Buch. Tagsüber war er Arbeitsorganisator in mehreren Fabriken, nachts und an den Wochenenden schrieb er seine Kritik am Sozialistischen Staat. An der „ökonomischen Basis“ erfuhr er auch, dass die Arbeiter, obwohl sie im „Arbeiter- und Bauernstaat“ lebten, keinerlei Rechte hatten.

Seine 1975 eingereichte Dissertation wurde zunächst von drei Gutachtern der Technischen Hochschule Merseburg sehr positiv bewertet, dann aber griff die „Staatssicherheit“ ein und ließ zwei Gegengutachten erstellen, wodurch die Promotion vereitelt wurde.

Am 22. August 1977 veröffentlichte das führende Hamburger Nachrichtenmagazin „Spiegel“ einen Auszug aus dem Buch und ein Interview mit dem Verfasser; am Tag darauf wurde Rudolf Bahro verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis der Staatssicherheit in Berlin- Hohenschönhausen eingeliefert. Das Buch aber wurde zehn Tage später in einer Auflagenhöhe von 80.000 Exemplaren ausgeliefert.

Zum Prozessbeginn am 27. Juni 1978 wurde Rudolf Bahro mit einer Knebelkette gefesselt vorgeführt. Sein Verteidiger war der aufstrebende Junganwalt Gregor Gysi. Da das Schreiben eines Buches auch im SED-Staat nicht strafbar war, mussten andere Anschuldigungen gefunden werden. Der Staatsanwalt behauptete, ohne es beweisen zu können, der Angeklagte hätte für den westdeutschen Verfassungsschutz Informationen in DDR- Betrieben gesammelt.

Am 30. Juni 1978 wurde Rudolf Bahro, die Öffentlichkeit war ausgeschlossen, zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt, von denen er 25 Monate absaß.

Am 11. Oktober 1979 wurde er, zum 30. Jahrestag der DDR-Gründung, amnestiert und am 17. Oktober, wie es sein Wunsch gewesen war, mit seiner früheren Ehefrau, den beiden Kindern und der Lebensgefährtin in den freien Teil Deutschlands abgeschoben.

Jörg Bernhard Bilke

Rudolf Bahro, Flinsberg und das heutige Świeradów

Eine Region, die auf dem Weg nach Europa ist

Das frühere Bad Flinsberg trägt heute den Namen Świeradów-Zdró. Es liegt kaum 50 km östlich der geteilten Stadt Görlitz und wurde durch EU-Förderung zu einer Perle am Rande des Riesengebirges. Genutzt wird es häufig von deutschen Touristen und Kurgästen, die ein preisgünstiges medizinisches Angebot und ein angenehmes soziales Klima vorfinden. Großer Beliebtheit erfreuen sich die Radonquelle im alten Kurhaus und eine malerische Parkanlage. Wer mit dem PKW anreist, hat die Möglichkeit, einen Tagesausflug zum Schloss Stohnsdorf oder nach Lomnitz zu unternehmen. Auch Fahrten zur Schneekoppe, zur Elbquelle oder zum Wohnsitz des berühmten deutschen Dichters und bekennenden Schlesiers Gerhard Hauptmann sind leicht zu bewältigen.

Man sieht: ob gewollt oder nicht, Rudolf Bahro trug nicht nur zur Kritik an der DDR bei, im Nachhinein ist durch ihn auch ein Stück Völkerverbindendes entstanden. *VB*

Es folgte die „Bewährung in der Produktion“ und die Ausweisung aus der Stadt Leipzig.

Dresden: Die Ausstellung „gegen den strom“ erinnert an eine denkwürdige Lesung im Rahmen der literarischen Subkultur in Leipzig

Pressemitteilung 23 / 2018 der LStU-Behörde Sachsen vom 25.06.2018

Das Jahr 1968 hatte viele Nuancen, und eine besonders schillernde zeigt die Gesellschaft für zeitgenössische Lyrik aus Leipzig nun in Dresden. Die Ausstellung „gegen den strom“ widmet sich einem literaturgeschichtlichen Ereignis der DDR-Geschichte: der illegalen Lesung auf dem Leipziger Elsterstausee am 26. Juni 1968. Der Lyriker Siegmar Faust (Foto, Quelle Internet), bereits in den 1960er Jahren im Fokus der staatlichen Repression und von zwei Leipziger Hochschulen exmatrikuliert, organisierte als Motorbootsfahrergehilfe gemeinsam mit dem Dichter Andreas Reimann eine heimliche Lesung auf einem Fahrgastschiff.

Dreißig Personen nahmen teil, darunter viele der später wichtigen dissidentischen Autoren in der DDR wie Wolfgang Hilbig, Gert Neumann, Heidemarie Härtel, Andreas Reimann oder der heute als Autor und Kabarettist prominente Bernd-Lutz Lange.

Durch einen IM der Stasi wurde die Veranstaltung als „Riverboat-Lesung“ dokumentiert. Es folgten Verhöre und für die Akteure „Bewährungen in der Produktion“ sowie für den Organisator die Ausweisung aus der Stadt Leipzig.

Der Leipziger Lyriker und Vorsitzende der internationalen Lyrikgesellschaft Ralph Grüneberger konzipierte vor mehr als zehn Jahren eine Ausstellung zu dem Ereignis. Sie wurde an zahlreichen Orten in ganz Deutschland gezeigt und erreichte bisher mehr als 30.000 Besucher. Der Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Lutz Rathenow, hat die erstmals in Dresden gezeigte Ausstellung eröffnet. Im Anschluss gab es den Dokumentarfilm „In jenem beharrlichen Sommer …“ von Ralph Grüneberger und Gerhard Pötzsch zu sehen, der 2007 entstand – gefördert durch die Sächsische Landesmedienanstalt und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Im Gespräch mit Siegmar Faust wird an die Lesung erinnert – auf den Tag genau 50 Jahre nach dem Ereignis.

Die Gesellschaft für zeitgenössische Lyrik lud zur Eröffnung der Ausstellung am 26. Juni um 18 Uhr in die Gedenkstätte Bautzener Straße Dresden (Bautzener Straße 112a) ein. Unterstützt wurde die Veranstaltung von der Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen und dem Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. *Dr. Nancy Aris*

Stellvertretende Landesbeauftragte

Eine Verfahrensweise, die ungerecht und unfassbar ist

Über die Anerkennung der Mitarbeiter des DDR-Justizapparates und des MfS als Anwälte oder Beamte erfährt man fast nichts

✉ In der DDR gab es 600 Anwälte. Bis zur Vereinigung kamen 1.500 Neuzulassungen dazu. Wann jedoch erfolgt die Rücknahme der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft gem. § 1 Abs. 2 ReNotPrüfG für hauptamtliche MfS-Mitarbeiter? Das ReNotPrüfG regelt in verschiedenen Fallgruppen, Zulassungen zur Rechtsanwaltschaft zu widerrufen, wenn sich der betreffende Rechtsanwalt >> eines Verhaltens schuldig gemacht hat, das ihn unwürdig erscheinen lässt, den Beruf des Rechtsanwalts auszuüben, weil er gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder der Rechtsstaatlichkeit insbesondere im Zusammenhang mit einer Tätigkeit als hauptamtlicher oder inoffizieller Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes verstoßen hat <<. *(ReNotPrüfG vom 24.07. 1992, In: BGBl Teil I (1992) 36, S.1386).* Insbesondere bei früheren hauptamtlichen Mitarbeitern, aber auch bei früheren Rechtsanwälten ergeben sich konkrete Hinweise auf Verletzungen der Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit oder der Menschlichkeit im Rahmen ihrer früheren Tätigkeit, die die Rücknahme bzw. den Widerruf der Zulassung rechtfertigen könnten, häufig nicht aus der vom MfS geführten Personal oder Arbeitsakte des Rechtsanwalts selbst, sondern aus der sogenannten „Opferakte“, die jedoch nur zugänglich ist, wenn sich Betroffene mit konkreten Hinweisen an die Rechtsanwaltskammern, ein Oberlandesgericht und/oder das Ministerium für Justiz wenden. Wie viele Rechtsanwälte, Richter, Haftrichter, Staatsanwälte aus der ehemaligen DDR … wurden nach 1990 überprüft? Es gibt bis heute in Mecklenburg-Vorpommern keine wirkliche Transparenz über Verfahren, Ergebnisse, nicht einmal eine öffentliche Schlussbilanz.

Was verschweigen uns Politik und Behörden?

André Rohloff

Gedenkorte für Opfer der kommunistischen Diktaturen

Neue Buchveröffentlichung der Stiftung

Im Rahmen des internationalen Dokumentationsprojektes „Erinnerungsorte für die Opfer kommunistischer Diktaturen“ hat die Bundesstiftung in den vergangenen Jahren über 7.000 Denkmäler, Museen und auch Gedenkstätten erfasst. Aus der Vielzahl hat die Bundesstiftung 119 Orte in über 30 Ländern ausgewählt und im neuesten Band ihrer Publikationsreihe zu den Gedenkorten veröffentlicht. Aus Anlass des 50. Jahrestages der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ 1968 sowie in Verbindung mit dem Europäischen Tag des Gedenkens an die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus am 23. August wird das Buch in einer Diskussionsveranstaltung vorgestellt. Dabei wird am Beispiel einiger Denkmäler der Frage nachgegangen, wie weltweit mit Denkmälern und Erinnerungszeichen, in Gedenkstätten und Museen an die kommunistischen Diktaturen erinnert wird. *Stftg.*

Eine Gedenkstätte an der Quelle der perfiden Theorie wäre sinnvoll

Peter Heubach leitet bei Ministerpräsident Woidke abermals eine wichtige Initiative ein

Liebe Kameradinnen und Kameraden, liebe Schicksalsgefährten,

anlässlich des 22. Bundeskongresses der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen vom 8. bis 10. Juni 2018 in Potsdam nahm ich als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Gelegenheit wahr, mit dem Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, Herrn Dr. Woidke (SPD) ein offenes und freundschaftliches Gespräch zu führen.

Ich informierte den Ministerpräsidenten über die Funktionsweise und das Wirken der ehemaligen Stasi-Hochschule in Potsdam und teilte ihm mit, dass bis heute Absolventen dieser Hochschule mit Absolventen westlicher Bildungseinrichtungen gleichgestellt sind und ihre Abschlüsse weiterhin ihre Gültigkeit haben. Dazu legte ich ihm verschiedene juristische Arbeiten von Absolventen dieser Hochschule vor und schilderte das lange schon von mir verfolgte Anliegen, das eine Aberkennung dieser Abschlüsse zur Folge haben soll. Ich bat ihn, mich zu unterstützen und sich für die Erfüllung dieser Forderung stark zu machen.

In diesem Gespräch brachte ich meine Bedenken gegenüber der Ausübung und Fortführung durch die ehemaligen Absolventen, die seit der Wiedervereinigung als Ärzte oder Rechtsanwälte in einen demokratischen Staat tätig sein dürfen, zum Ausdruck.

Mein Vorschlag an den Ministerpräsidenten lautete, in der ehemaligen Hochschule des MfS in Potsdam-Eiche eine Gedenkstätte für die Opfer der SED-Diktatur, für die diese Hochschule mitverantwortlich ist, einzurichten.

Ich glaube, ich spreche auch in eurem Namen, wenn ich die Schaffung einer solchen Gedenkstätte als Erfolg für uns alle bezeichne und wenn möglichst viele von uns dann als Zeitzeugen an diesem authentischen Platz tätig sein könnten.

Wir möchten auf die Schäden in unseren Biografien, die diese Hochschule mit verursacht hat, hinweisen und die Besucher über einzelne Schicksale informieren.

Ministerpräsident Woidke sicherte mir seine Unterstützung zu. Unterdessen bekam ich aus der Staatskanzlei des Landes Brandenburg eine erste Reaktion, die ich euch ebenfalls zur Kenntnis geben möchte.

Damit ist der Anfang gemacht.

Man sieht, dass bei der Erreichung mancher Ziele eine Mitgliedschaft sowohl in unserer VOS wie auch in einer demokratische agierenden Partei sinnvoll ist. Der Kontakt zu den führenden Volksvertretern lässt sich leichter herstellen, und die Interessen und die Anliegen von uns SED-Opfern lassen sich leichter übermitteln.

Mit kameradschaftlichen Grüßen
Euer Peter Heubach

Potsdam, 13. Juni 2018

Sehr geehrter Herr Heubach,

Herr Ministerpräsident Dr. Woidke hat Ihr Schreiben vom 8. Juni 2018 erhalten, in dem Sie darum bitten, die ehemalige Hochschule Potsdam als Gedenkstätte einzurichten.

Um Ihr Anliegen zu prüfen, wurde Ihr Schreiben mit Anlagen an das zuständige

Ministerium für Wissenschaft,
Forschung und Kultur
des Landes Brandenburg
Dortustraße 36
14467 Potsdam

weitergeleitet. Sie werden von dort eine Nachricht erhalten.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Anm.: Das Foto mit Ministerpräsident Dietmar Woidke wurde vor drei Jahren beim traditionellen Treffen gemacht, zu dem der Brandenburgische Landesherr die Opfer der DDR-Diktatur eingeladen hatte. Zu beachten: Neben dem Ministerpräsident ist nicht Peter Heubach zu sehen, sondern unser Kamerad Thilo Scheibe, der in Begleitung von Rosemarie Studera, die im vorigen Jahr verstorben ist, ebenfalls zu den Gästen zählte.

Vorstand und Redakteur danken Peter Heubach für seine unermüdlichen Aktivitäten. Sobald sich Neuigkeiten ergeben, werden wir darüber in der Fg berichten.

Bitte beachten Sie in der Spalte links unten das Antwortschreiben, mit dem das Büro des Ministerpräsidenten bereits im Juni 2018 auf die Anfrage von Peter Heubach reagiert hat. In diesem Schreiben wird erklärt, dass das Büro von Herrn Woidke das Schreiben von Peter Heubach an das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur weitergeleitet hat.

Peter Heubach hat mit seinen Recherchen umfangreiches Dokumentationsmaterial zusammengetragen.

Fg

Steht diese LStU- Außenstellte vor dem Aus?

Die in der Umgebung von Frankfurt/Oder lebenden SED-Opfer sind entsetzt. Pressemeldungen zufolge könnte die Außenstelle der Brandenburgischen Aufarbeitungsbeauftragten Maria Nooke in der Grenzstadt vor der baldigen Schließung stehen. Für das flächenmäßig große Bundesland wäre das ein erheblicher Nachteil, da Betroffene erst den Weg nach Potsdam nehmen müssten, was aufgrund des Gesundheitszustandes und des Alters vieler Opfer nicht so einfach wäre.

Hugo Diederich

Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und freie Wahlen, wie wir sie heute kennen, sind keine Selbstverständlichkeit

Das VOS-Zeitzeugenprojekt in NRW in der historisch-politischen Bildungslandschaft – ein Resümee nach zehn Jahren erfolgreichen Wirkens und ein Ausblick auf die Zukunft von Dr. F. Hoffmann

In diesem Jahr erlebte ein Projekt sein zehnjähriges Bestehen, das mit seinem Inhalt und seinen Zielen einmalig und beispielgebend ist und über dessen Aktionen in der Fg schon oft genug berichtet wurde. Es geht um die Zeitzeugen-Arbeit der Landesgruppe der VOS im Bundesland Nordrhein-Westfalen, das 2008 durch unsere Kameraden Herbert Kühn und Detlef von Dechend ins Leben gerufen wurde und das von Anbeginn durch die Stiftung zur Aufarbeitung des SED-Unrechts eine großzügige Förderung erfahren hat. Mehrere Kameradinnen und Kameraden unseres Verbandes sind seit der Gründung dabei, andere kamen hinzu, wieder andere sind inzwischen verstorben. Aber immer noch ist diese Gruppe aktiv und wird von den Schulen, die mit ihr kooperieren, hochgeschätzt. Jährlich werden etwa zehn bis zwölf Zeitzeugen angefordert, die vor Schulklassen, Leistungskursen oder ganzen Jahrgangsstufen, Lehrkräfte inbegriffen, auftreten und zur Hauptsache über ihre persönlichen Erfahrungen mit der SED-Diktatur reden und Fragen beantworten. Im Vordergrund steht die erlittene Haft, die untrennbar mit dem Wirken der Staatssicherheit und anderen Staatsorganen verbunden ist. Aber auch familiäre, berufliche und gesamtgesellschaftliche Hintergründe werden thematisiert, wobei Bezüge zur aktuellen politischen Situation unumgänglich und natürlich gewollt sind.

Ein wichtiges Element des Zeitzeugen-Projekts ist die wissenschaftliche Begleitung durch das Institut für Deutschlandforschung der Ruhr-Universität Bochum. Seit nunmehr zehn Jahren sind Dr. Frank Hoffmann und Dr. Silke Flegel – und seit Kurzem auch Peter Keup, der selbst Zeitzeuge ist – an der Seite der ehemaligen politischen Häftlinge der DDR. Ohne diese Mitwirkung wäre die erfolgreiche Arbeit der Projekt-Gruppe ganz sicher nicht zustande gekommen. Beratung, Moderation und Organisation seitens der Wissenschaftler haben der Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern wie auch der Kooperation mit den Lehrkräften ein wertvolles Gerüst gegeben und pädagogisch anspruchsvolle und zugleich ergreifende Schulstunden ermöglicht.

Zeitzeugen Arbeit NRW

Im Juli 2018 trafen sich die aktiven Gruppenmitglieder zu ihrem jährlichen Reflexionsseminar in den Räumen des Instituts, um über eine Fortsetzung und Neubesetzung der Projektleitung zu diskutieren. An dem Treffen nahmen auch der Leiter des Institutes Professor Voss sowie der Historiker Professor Bernd Faulenbach teil. Durch eine teils sehr leidenschaftliche und in dieser Länge nicht vorgesehene Diskussion zur Zukunft des Projekts wurde der Tagesordnungspunkt mit dem Impulsreferat von Dr. Frank Hoffmann kurzfristig ausgeklammert. Da jedoch gerade dieses Referat die geleisteten Aktivitäten noch einmal darstellt und wissenschaftlich bewertet und auch Hinweise auf die künftige Arbeit gibt, wird es nachstehend den Leserinnen und Lesern der Fg ungekürzt zur Kenntnis gegeben.

Das Zeitzeugen-Projekt steht vor einer Neubeantragung finanzieller Mittel, um seine Arbeit fortsetzen zu können.

Als wir, Herbert Kühn als vulkanischer Impulsgeber, Detlef von Dechend als ruhender Pol und der Berichterstatter, im Sommer 2008 darüber nachdachten, wie wir ein Format entwickeln, um Schulen in Nordrhein-Westfalen mit Opfern der SED-Diktatur ins Gespräch zu bringen, standen wir unter dem Eindruck von Ostalgie und Verklärung der DDR. Die Schroeder-Studie hatte soeben aufgezeigt, dass gerade auch in unserem Bundesland das Wissen um die DDR bei den Schülerinnen und Schülern sehr lückenhaft ist. Vor allem stand es schlecht um die Fähigkeit, Diktatur und Demokratie zu differenzieren und gegeneinander abzuheben. In einer Folgestudie wurde die Überblendung von Diktatur und Demokratie 2012 von Klaus Schroeder und seinem Team noch genauer analysiert. Danach schienen viele Schüler „mit Begriffen wie Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit oder freien Wahlen allenfalls etwas Diffus-Positives zu verbinden“, ja einige Schüler hätten den Rechtsstaat definiert als „Staat von Rechten, also Nazis“, so Schroeder 2012 in einer Kurzfassung seiner zweiten Studie.

Vor diesem Hintergrund war klar, dass wir in unserem Projekt die Berichte von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen über ihr Erleben der SED-Diktatur in den Dienst der Demokratie-Erziehung stellen wollten. „Erinnerung bewahren für eine lebendige Demokratie“ war das Motto der zweiten Projektphase, die wir ab 2009 mit Förderung der Bundesstiftung Aufarbeitung starteten, nachdem die Landeszentrale für politische Bildung der VOS Nordrhein-Westfalen die Impulsförderung gewährt hatte. Freilich, man tat sich damals in den Gremien der politischen Bildung mit der Zeitzeugenarbeit zur SED-Diktatur in NRW noch durchaus schwer. Für die Bundesstiftung war das Projekt zwar ein wichtiger Ausweis dafür, dass sie auch in Westdeutschland Impulse zur SED-Aufarbeitung geben konnte. Immerhin war es der Bundesstiftung von Anfang an wichtig, durch die Kombination von Zeitzeugen und wissenschaftlicher Begleitung so eine Art Sicherheitsnetz im Projekt zu sehen. → *S. 15 oben*

von → S. 14 unten

Viel länger brauchte die seinerzeitige NRW-Schulministerin Sylvia Löhrmann, um die Sinnhaftigkeit schulischer Auseinandersetzung mit der DDR auch unter Beteiligung von Zeitzeugen nachdrücklich zu unterstützen. Einige von uns waren damals in Düsseldorf bei der denkwürdigen Konferenz „Die DDR im Westen“ im April 2016 dabei, und wir durften ja sogar mit Herrn Holtschke einen eigenen Zeitzeugen-Workshop anbieten.

Aber ich greife damit voraus. Wie

Die KMK stellte das Thema Zeitzeugen zunächst hintenan

zögerlich der Einsatz von Zeitzeugen am Ende der Nuller Jahre gesehen wurde, zeigt der Stralsunder Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK) vom März 2009 zur „Stärkung der Demokratieerziehung“. Die „Einbeziehung von Zeitzeugen“ findet sich hier erst als letztes Beispiel im fünften Spiegelstrich des Maßnahmenkatalogs, der sich zuvor mit Museen, Orten von Menschenrechtsverletzungen und Gedenkstättenpädagogik befasst.

Immerhin, unsere Arbeit hatte damit einen höchst offiziellen Segen, auch wenn ein älterer Lehrer bei einer Projektpräsentation in Rheine den Hinweis auf den Stralsunder Beschluss mit den Worten abtat, er habe in seinen 35 Dienstjahren so viele KMK-Beschlüsse erlebt, dass ihn das nicht sehr beeindrucke.

Doch die Zeitzeugen-Konjunktur nahm in den nächsten Jahren dann deutlich Fahrt auf, und zwar auf mehreren Ebenen. Als im Bundestag die beteiligten Fachausschüsse im September 2010 eine Anhörung durchführten, um eine bundesweit aktive Institution der Zeitzeugenvermittlung zu entwickeln, durfte ich unsere, damals noch recht bescheidenen Erfahrung in NRW dort vorstellen.

Mit der Etablierung des Koordinierenden Zeitzeugenbüros gibt es seither – als Ergebnis der damaligen Beratungen – eine bundesweit agierende Vermittlungs- und Finanzierungsinstitution für Zeitzeugengespräche zur DDR- Geschichte, die uns und unsere Alleinstellungsmerkmale natürlich herausfordert.

Mit der Länderstruktur seiner Zeitzeugen folgt das Koordinierende Büro ein klein wenig unseren Erfahrungen mit den „regionalen“ Zeitzeugen, wie unsere Arbeit mit Zeitzeugen oft aus der eigenen Stadt charakterisiert wurde; nicht jedoch mit unserem zentralen Leitgedanken, also der regelmäßigen Begleitung des Zeitzeugen durch eine fachwissenschaftlich qualifizierte Person in der Schule.

Auf diese Weise fanden wir dann auch Aufmerksamkeit in der Landschaft der politischen Bildung. Sogar eine umfangreiche Potsdamer und Essener Untersuchung zur außerschulischen Arbeit zur DDR hielt unser Projekt, das ja gerade der schulischen Bildung dienen wollte und will, für so interessant, dass wir einige liebenswürdige Kommentare erhielten.

Die wichtigsten Impulse vermittelte die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, sei es durch Einladungen zu den Geschichtsmessen in Suhl oder zu Gedenkstättenseminaren, sei es durch eine stets unterstützende Haltung auch in kritischen Phasen, sei es auch, indem sie für die eigene Zeitzeugenarbeit die Erfahrungen aus NRW nutzte, etwa unsere Reflexionsseminare durch eigene Regionalkonferenzen der Zeitzeugen im Jahr 2013 spiegelte. 2014 durften wir dann mit der Bundesstiftung in Bochum Gastgeber für eine bundesweite Zeitzeugenkonferenz sein.

In diesen Jahren entdeckte auch die Zeitgeschichte die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen; genauer gesagt, sie begann sie wissenschaftlich zu domestizieren, also den Maßstäben der Geschichtswissenschaft anzupassen, nutzbar zu machen und gleichsam ihrer potenziellen Gefährlichkeit zu entkleiden.

Der Zeitzeuge war bis dato der „natürliche und schlimmste“ Feind des Historikers.

Denn bekanntlich war der Zeitzeuge bis dato des Historikers schlimmster, gefährlichster, jedenfalls natürlicher Feind.

Es geht also um das Historisieren des Zeitzeugen, so heißt es bei den Historikern, d. h. der Zeitzeuge wird als historische Figur seiner Zeit erkannt und analysiert. Den Durchbruch dazu leistete eine Tagung in Jena über die „Geburt des Zeitzeugen nach 1945“, die dann zwei Jahre später, 2013, unter der Herausgeberschaft von Martin Sabrow und Norbert Frei auch als Buch nachlesbar war. Die für uns wichtigste Frucht dieser Debatte war Martin Sabrows umfassende Analyse der kulturellen Funktion des Zeitzeugen und seiner „Aura der Authentizität“ einerseits, seine normative Positionierung des Zeitzeugen andererseits.

„Der Zeitzeuge stellt nicht nur die Brücke zwischen Heute und Damals her, sondern passt auch die Vergangenheit in die Gegenwart ein.“

Die häufig gestellte Frage – auch wir waren gelegentlich damit befasst – wer denn Zeitzeugin, Zeitzeuge sein darf, sein kann, beantwortet Martin Sabrow mit der ihm eigenen Anschaulichkeit: „Der Zeitzeuge stellt nicht nur die Brücke zwischen Heute und Damals her, sondern passt auch die Vergangenheit in die Gegenwart ein und dient als Mittler zwischen beiden. Um als Wanderer zwischen beiden Welten dienen zu können, übernimmt er von der Vergangenheit die Erinnerung, von der Gegenwart aber die Wertmaßstäbe, das kulturelle Rahmenformat, in dem er das Vergangene memoriert und zugleich aktualisiert.“

Egon Krenz konnte kein Zeitzeuge sein kann, weil er sich jeder kritischen Reflexion oder gar Wandlung seiner Positionen entzog.

Indem der Zeitzeuge gebunden ist an die „Wertmaßstäbe, das kulturelle Rahmenformat“ der Gegenwart, wird sogleich klar, dass ein SED-Nostalgiker eben nicht den Anspruch erheben kann, auch als Zeitzeuge angehört zu werden. Jene Stasi-Altlasten, die gelegentlich Hohenschönhausen belagern mit dem Verlangen, dort auch als Zeitzeugen aufzutreten, haben eben kein Anrecht darauf. Sabrow verdeutlicht dies an den antagonistischen Fällen von Egon Krenz.

→ S. 16 oben

von → S. 15 unten

Krenz kann naturgemäß kein Zeitzeuge sein, weil er sich jeder kritischen Reflexion oder gar Wandlung seiner Positionen entzog. Günther Schabowski mochte als Zeitzeuge reüssieren, weil er sein

Keine Lust zu einer diskursiven Rauferei mit den Linken, um den Service- Charakter des Projekts zu erhalten.

„Konversionserlebnis in das Zentrum seiner Autobiographie rückte und sich als Opfer seiner selbst und seiner Umstände zu interpretieren anbot.“ Es ist freilich, wie Sabrow sogleich einräumt, ein extrem prekärer Zeitzeugenstatus, weil er mit Schabowskis „systematische[r] Unterbelichtung seines tatsächlichen Engagements als SED-Funktionär“ einhergeht.

Für uns in der VOS- Zeitzeugenarbeit schienen sich solche Fragen gar nicht zu stellen, da wir einen klaren Konsens hatten, mit Angehörigen der Linkspartei, PDS, Linke usw., oder wie immer sie heißen mochte, gar nicht zu kooperieren. Gelegentliche Versuchungen darüber nachzudenken, gab es jedoch schon; insbesondere bei der methodischen Diskussion in den Zentren für schul-praktische Lehrerbildung, mit denen wir bereits seit Dezember 2010 kooperierten, systematisch dann seit dem Frühjahr 2012. Damals hatte sich das Projekt zum ersten Mal neu erfunden, mit unserem zweiten Projektlauf bei der Bundesstiftung Aufarbeitung, und bis heute bleibt dieses Format ein wichtiges Element unserer Arbeit – ich denke, systematisch betrachtet, ist es auch ein Alleinstellungsmerkmal unseres Projekts.

Es waren die jungen Referendarinnen und Referendare, die nach gutem historischen Brauch meinten, man müsse auch die andere Seite hören, audiatur et altera pars. Auch wenn einige Mitglieder der Gruppe durchaus Lust zu einer diskursiven Rauferei mit den Linken andeuteten, habe ich in dieser Frage immer auf den Service-Charakter unseres Projekts und die Alleinverantwortung der Lehrerinnen und Lehrer in der Schule hingewiesen: Selbstverständlich könnten sie zu anderen Veranstaltungen Gesprächspartner ihrer Wahl ebenfalls einladen. Unser Angebot sei jedoch die Vermittlung von Zeitzeugen, die in der DDR ihre demokratischen Menschen- und Bürgerrechte eingefordert hätten und sei es um den Preis von Gefängnis, Verfolgung oder gar des eigenen Lebens. Schülerinnen und Schüler einer Kontroversdiskussion auszusetzen, habe ich immer schon aus pädagogischen Gründen für nicht zielführend gehalten; ich hatte aber auch kaum Lust auf irgendwelche Kooperation mit den Linken.

Gestärkt durch die wissenschaftliche Unterstützung und die Aufmerksamkeit der politischen Bildung, nachhaltig gefördert durch die Bundesstiftung und ab 2013 dann auch noch einmal zusätzlich durch die Landeszentrale für politische Bildung, hatten wir vor der Mitte des Jahrzehnts vielleicht unsere intensivsten, arbeitsreichsten Jahre.

Gestärkt durch die wissenschaftliche Unterstützung der politischen Bildung, nachhaltig gefördert durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung des SED-Unrechts

Die Kultusministerkonferenz bestärkte mit ihrem Papier über „Erinnern für die Zukunft“ vom Dezember 2014 unsere Arbeit, in dem sie bereits im ersten Satz den Kampf vieler Menschen für „Freiheit, Menschenrechte und Demokratie“ als Verpflichtung für die Gegenwart ins Gedächtnis rief. Auch dieses bis heute gültige Dokument der politisch-historischen Bildung nennt die Zeitzeuginnen und Zeitzeugen explizit als wichtigen außerschulischen Partner der Bildungseinrichtungen.

In diesem Umfeld des 25. Jahrestags von Friedlicher Revolution und Vereinigung hatten wir auch die Publikation unseres gemeinsamen Buchprojekts geplant. Die Idee dazu reicht weit zurück, geboren wurde sie wohl bei dem ehrenvollen Empfang, den der Präsident des Landtags von Nordrhein-Westfalen, Eckhart Uhlenberg, den Zeitzeuginnen und Zeitzeugen Ende 2011 bereitete.

Indes, diese arbeitsreichsten Jahre hielten auch eine schwere Hürde für uns bereit, als wir mit der Geschichte der Staatssicherheit in unserem eigenen Kreis konfrontiert wurden. Angriffe von außen, oft gänzlich polemisch und auch auf Personen gemünzt, deren Integrität und Biographie nicht im Geringsten im Zweifel standen, führten doch zu einer merkbaren Verunsicherung.

Ich zähle es zu den Leistungen unserer Gruppe, dass wir uns damals nicht haben auseinander dividieren lassen, dass wir in mühsamem Ringen und vertrauensvollen Gesprächen – basierend auf einer in Jahre gewachsenen Erfahrung wechselseitiger Verlässlichkeit –

→ S. 17 oben

von → S. 16 unten

Wege für die Fortsetzung des Projekts fanden. Und sogar unser Buch hat dann endlich das Licht der Welt erblickt und fand freundliche Aufnahme. Detlef von Dechend und ich wurden eingeladen, vor dem großen Forum der Jahreskonferenzen der Landesbeauftragten für die Kommunismus- Aufarbeitung und die Stasi-Unterlagen unsere Arbeit vorzustellen. Wir haben das im April 2017 in gewohnt vertrauensvoller Kollegialität absolviert, gar ein gemeinsam von uns verantworteter Text in der Tagungsdokumentation liegt vor.

In der Zwischenzeit hatte sich das VOS-Zeitzeugenprojekt in Nordrhein-Westfalen mindestens zum vierten Male neu erfunden. Mit Peter Keup übernahm 2017 auf meine Bitte und Anregung ein Zeitzeuge die Funktion des wissenschaftlichen Begleiters; ein Experte, der an Jahren vielleicht nicht mehr völlig jugendlich war, aber doch ein ganz junger Kollege, sozusagen jüngster wissenschaftlicher Nachwuchs.

Ich denke, für das Projekt war dies ein wichtiger innovativer Schub, der manche Gewohnheiten aufbrechen half und auch weiter Ideen entfalten helfen kann, so wie auch Christoph Becke als neuer zweiter Projektleiter auf Seiten der VOS spannende Initiativen bei der Akquise von neuen Partnern in den Schulen entfaltete.

Und nun stehen wir womöglich wieder vor einer neuen Wegscheide. Denn die Zeiten ändern sich und wir in ihnen. Ein wenig eingedunkelt hatte sich das Feld der Zeitzeugenarbeit schon mit Christiane Bertrams provokanter Frage, ob Zeitzeugen im Geschichtsunterricht eher eine Chance oder ein Risiko für kompetenzorientiertes Lernen seien.

Damit ist der Status des Zeitzeugen im Geschichtsunterricht völlig neu gestellt. Bertrams geschichtspolitisch extrem erfolgreich auf den Markt gebrachte Dissertation gleichen Titels von 2017 – mit kleineren, an einflussreichem Ort positionierten Begleitpublikationen, einer großen Tübinger Tagung, die in der überregionalen Presse wahrgenommen wurde, gar einem „Tag der Zeitzeugen“ – brachte auf der Basis einer empirischen Analyse von drei unterschiedlichen Unterrichtsformaten (Zeitzeuge live, Zeitzeuge im Video, Zeitzeuge als Text) folgenden Befund: „Schülerinnen und Schüler zeigten sich nach dem Besuch eines Zeitzeugen im Unterricht zwar sehr motiviert, im Vergleich aber auch unkritischer bei der Einordnung von Darstellungen als persönliche Sichtweisen auf die Vergangenheit“. Etwas polemischer pointiert: Die Schüler dekonstruieren die Zeitzeugen nicht, sondern lassen sich von denen einlullen. Das ist nun eine mir bis in die jüngsten Veranstaltungen selbst höchst vertraute Gefahr bei den Schülern, der man aber entgegenwirken kann, ja muss. Auch wenn es unpopulär ist. Noch im Juni 2018 notierte ein Schüler auf dem Fragebogen zur Evaluierung einer von mir begleiteten Veranstaltung mit Alexander Richter fast empört: „Der Begleiter hat zu sehr versucht, uns in das Gespräch einzubinden, als wir nur zuhören wollten“. Ja, das wäre schön, wenn alle immer nur zuhören bräuchten, mucksmäuschenstill, um Ellen Thiemann zu zitieren, die eine zu kluge Frau war, um sich nicht über dieses etwas ironische Zitat zu freuen und an die auch ich an dieser Stelle mit Respekt erinnern möchte.

Ja, wenn doch alle nur mucksmäuschenstill und gebannt zuhören, wenn der große Zeitzeuge, die große Zeitzeugin spricht, und wenn jeder hinterher vielleicht sogar ein Tränchen verdrücken.

Nein, wir alle wissen, dass ich diese Methode für Zeitzeugengespräche – und ich betone: Gespräche – nicht besonders geschätzt habe. Und insofern habe ich Christiane Bertrams Befund nur eine simple Gegenthese entgegenzusetzen: Wo können Schüler besser historisch fragen lernen als in einem wirklichen Gespräch – nämlich mit Zeitzeugen. Könnten wir nicht, wenn wir Lessings Parabel „Über die Wahrheit“ weiterdenken, sagen, dass Fragen sogar wichtiger sind als Antworten? Das wäre auch mein Resümee aus einem Jahrzehnt der gemeinsamen Arbeit: Der Mut zu Neuem war uns immer wichtig, wir haben immer wieder neue Wege gewagt, wir haben uns immer wieder in Frage gestellt. → *18 oben*

von → S. 17 unten

Nicht alles war erfolgreich, etwa unsere Versuche mit Lehrerfortbildungsseminaren. Und dass wir die Lehrer zeitweilig mit so vielen Büchern und Materialien beschenkt haben – hat uns das eigentlich jemand mal gedankt? Aber jede neue Schule, jede neue Lerngruppe – und seien es die Bundesfreiwilligen gewesen oder mögen es in Zukunft auch verstärkt internationale Schülergruppen sein, Reisegruppen in die Gedenkstätten Ostdeutschlands, Bundeswehrsoldaten oder, horribile dictu, vielleicht sogar Flüchtlingskurse sein – immer war es eine neue Herausforderung, die wir gestemmt haben.

Damit bin ich bei meinen letzten Fragen: Wie geht es weiter? Kann es weiter gehen? Trennen sich unsere Wege oder haben wir die Kraft, uns noch einmal neu zu erfinden? Ich kenne die Antwort nicht. Ich habe gestern mit zwei sehr erfahrenen Männern aus unserem Kreis gesprochen, die ich außerordentlich schätze und verehre: Hans-Ulrich Klose und Jochen Stern. Auch sie hatten, glaube ich, noch keine wirkliche Antwort. Vielleicht finden wir sie noch gemeinsam. Dann werden wir wissen, ob dies die Geburtstagsrede zum 10. Jahrestag unseres Projekts war oder die Trauerrede auf eine gute Idee und gute Kooperation, die ihr Ende gefunden hat. Danke für Ihre Geduld.

Dr. Frank Hoffmann
Ruhr Universität Bochum

Foto Seite 16: Dr. Frank Hoffmann mit einem Zeitzeugen am Lessing-Gymnasium Bochum.

Foto Seite 17: Projektleiter Detlef von Dechend mit einem NRW-Zeitzeugen in der Gesamtschule in Wulfen-Dorsten.

Anm. vom Bundesvorstand:

Der Bundesvorstand der VOS erklärt ausdrücklich seine Bereitschaft, das Zeitzeugen-Projekt NRW auch künftig zu unterstützen. Der Antrag an die Stiftung, der vom neuen Projektleiter und dem IDF (Ruhr Uni) gemeinsam ausgearbeitet wurde, ist fristgerecht zum Ende dieses Monats eingereicht worden. Der Vorstand wünscht dem Projekt weiter Erfolg. *Detlef Chilla*

Wer sich nicht verteidigen kann, ist schlecht dran

Soll die Wehrpflicht wieder aktiviert werden oder nicht?

Meinung gesagt

Wehrpflicht ja oder nein? Oder besser ein „Dienstjahr“? In anderen Jahren hätte man gemeint, die Diskussion um eine derartige Frage wurde angeschoben, damit die Medien ein Thema haben, auf das sie sich während der Sommerpause des Bundestags stürzen können.

Nun, dem ist nicht so. Es gibt in diesem Jahr keine Sommerpause, kein Sommerloch im Sinne früherer Zeiten. Dafür ist das Hauen und Stechen zwischen den Parteien – und auch innerhalb einiger von ihnen – zu intensiv und heftig, da kann es den Posten oder wertvolle Prozente kosten, wenn man seinen Parlamentssitz zu lange verwaist lässt. Zudem stehen die nächsten Landtagswahlen zu dicht vor der Tür, als dass sich Herr Söder oder Herr Seehofer – übrigens auch Frau Merkel – kaum einen Augenblick des Wegschauens gönnen dürfen. Es ist abzusehen, dass in Bayern nach der Wahl die Karten neu gemischt und die Trümpfe anders verteilt werden. Wer wo und wie lange sitzen wird, soll aber an dieser Stelle nicht diskutiert werden. Auch die Frage, ob seitens der Parteispitzen öffentlich noch weiteres Porzellan zerschlagen werden soll, erübrigt sich – man weiß zu gut, dass es *ohne* nicht geht.

Brauchen wir also eine Wehrpflicht bzw. eine hitzige Debatte über deren Neubelebung, denn bekanntlich wurde sie 2011 nicht abgeschafft, sondern ausgesetzt?

Angesichts der hochtechnisierten Rüstungsmechanismen, die im Falle von Kampfhandlungen gefragt sind, ist das eindeutig mit nein zu beantworten. Ein zahlenmäßig großes Heer, in dem Soldaten – auch Soldatinnen – als Kanonenfutter geopfert werden, ist in einem Krieg der Systeme nicht mehr ausschlaggebend. Derartige Grundsätze haben für die NVA der DDR und für die Sowjetarmee gegolten, wo der Regierung ein Menschenleben nichts wert war. Durch das Wettrüsten in der Zeit des Kalten Krieges wurde zwischen den großen Blöcken hinsichtlich der Waffen bereits ein technischer Stand erreicht, durch den soldatische Einsätze, selbst das Taktieren mit Panzern, für eine kriegerische Konfrontation nebensächlich wurden. Die Technisierung wurde so weit getrieben, dass keine der beiden Seiten einen Ernstfall unbeschadet überstanden hätte. Damals schon hätte demnach weder Moskau noch Washington einen Erstschlag gewagt.

Die Entwicklung der Waffensysteme, das weiß man, ist seitdem noch rasanter vorangeschritten. Ein wirklicher Krieg, auch kleinere Zerstörungshandlungen werden allein am Computer gewonnen. Der technische Höchststand entscheidet. Selbst Stellvertreterkriege wie in der Ukraine oder Syrien nähren sich von der Qualität der Waffen und nicht von der zahlenmäßigen Stärke der Truppen.

Dies alles heißt nicht, dass ein Land wie Deutschland seine Verteidigungsstärke vernachlässigen darf. Eben weil wir in keinem Krisenherd leben und mit der Nato einem starken Bündnis angehören, wäre es ein Fehler, das bisher ohnehin schon vernachlässigte Verteidigungspotenzial weiter abzubauen. Die Garantie, die uns die USA als Schutzmacht gegeben hatte, schwindet. Nicht zu Unrecht wirft uns Präsident Trump vor, zu wenig in den Militärhaushalt zu investieren. Es ist somit richtig, dass wir kein Heer der Hunderttausende, sondern zeitgemäße technische Ausrüstungen und qualifizierte Fachkräfte zu deren Handhabung brauchen.

Wenn wir aber von personellen Verstärkungen sprechen, so wäre dies ganz sicher für den Ausbau der Polizeitruppen erforderlich. Denken wir an den Schwarzen Block, der im Vorjahr Hamburg in einen kriegsähnlichen Zustand versetzte, und denken wir an die Tumulte am vorletzten Silvesterabend am Kölner Bahnhofsvorplatz, so wären Neueinstellungen ausgesprochen begrüßenswert. Die Kriminalstatistiken, die eine positive Tendenz aufweisen, sind das eine. Die Wirklichkeit sieht leider nicht so erfreulich aus, wie man uns das weismachen will. *B. Thonn*

Wir kämpfen weiter um die Rente

Weitere Vernetzung mit Politikern ist erfolgt

Wie schon mehrfach in der der Freiheitsglocke berichtet, geht der engagierte Kampf gegen das Rentenunrecht, durch das viele VOS-Mitglieder benachteiligt sind, weiter. Der seitens unseres Verbandes von Anbeginn favorisierte Weg, sich mit den Politikern der Bundestagsparteien zu vernetzen und Gespräche zu suchen, nimmt nun konkrete Formen an. Zugleich wurde der Weg einer Petition an den Ausschuss im Bundestag gewählt. Hier hat sich insonderheit der VOS- Landesvorsitzende von NRW stark gemacht und für möglichst viele Unterschriften zur Annahme der Petition geworben. Über die gesetzliche Konstellation bezüglich der veränderten Rentensituation wurde bereits in früheren Ausgaben der Fg berichtet. Die Kürzung der Renten von Verfolgten und DDR-Opfern ist ganz offensichtlich vorgenommen worden, um die stark belasteten Rentenkassen zu entlasten.

Über den Stand der Aktivitäten und die weiteren Aussichten informiert nachstehend FH Holtschke.

Die nun offizielle Registriernummer lautet: 3-19-11-8222-006233.

Die Petition mit Anlagen wurde Mittlerweile auf der Internetseite des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages eingestellt. Der IDEF-Vorstand hat Anfang Juni in Berlin in o. g. Angelegenheit mehrere Gespräche mit Bundestagsabgeordneten geführt, u. a. mit MdB Marian Wendt (CDU) – Vorsitzender des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages. MdB Stephan Brandner (AfD) – Vorsitzender des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages.

Beide MdB wollen die Petition nach Übergabe von Wendt an Brandner aktiv begleiten und zu einer – hoffentlich positiven – Entscheidung führen.

Von Seiten der im Bundestag vertretenen Parteien sind Carl-Julius Cronenberg (FDP) sowie ein Vertreter der Partei der Linken zu nennen, die die Petition unterstützen würden. Auch Norbert Geiss (CSU, MdB bis 2013) hat seine Unterstützung zugesagt.

In der bevorstehenden unausweichlichen juristischen Auseinandersetzung zur Durchsetzung der Petition soll Rechtsanwalt Stefan von Raumer (Berlin) mitwirken. Herr von Raumer wirkte sowohl bei der Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wie auch vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg in unserer Angelegenheit mit. Seine zukünftige Aktivität muss jedoch finanziell abgedeckt sein, was von den an der Petition beteiligten Opferorganisationen einvernehmlich koordiniert werden sollte.

Die weitere Entwicklung in dieser Angelegenheit sollte durch alle beteiligten Opferorganisationen erst dann kommuniziert werden, sofern substanzielle Ergebnisse aus dem Bundestag vorliegen. Dies gilt insbesondere auch für Presseinformationen wie auch die weitere Einbeziehung von Parteien zur Unterstützung unserer berechtigten Forderungen.

Felix Heinz Holtschke
VOS-Landesvorsitzender NRW

Es geht um mehr Ausstrahlung

NRW-VOS will aktiver und öffentlicher werden

Neuen Schwung bringt Felix Heinz Holtschke als Vorsitzender in die Landesgruppe NRW der VOS. Bei der Mitgliederversammlung im Juli 2018 setzte er neue Akzente und forderte die Belebung der NRW-Gruppe zu neuen Aktivitäten.

Angemahnt wurde beispielsweise die Altersstruktur, mit der sich sichtlich ein Schwund der Mitglieder verbindet. Dazu beitragen könnten schon die nächsten geplanten Maßnahmen: Eine kulturelle Herbstveranstaltung der Rhein-Ruhr-Gruppe, etwa ein Besuch des NRW-Landtages mit anschließendem Ausklang auf dem Fernsehturm. Hierfür wird der 12. Oktober 2018 ins Auge gefasst. Die traditionelle Weihnachts- bzw. Jahresabschlussfeier soll dann voraussichtlich am 1. Dezember 2018 stattfinden. Für zukünftige zentrale Gedenkveranstaltungen in Düsseldorf könnte die Nutzung eines Segments der Berliner Mauer auf dem Grundstück des NRW-Landtages genutzt werden.

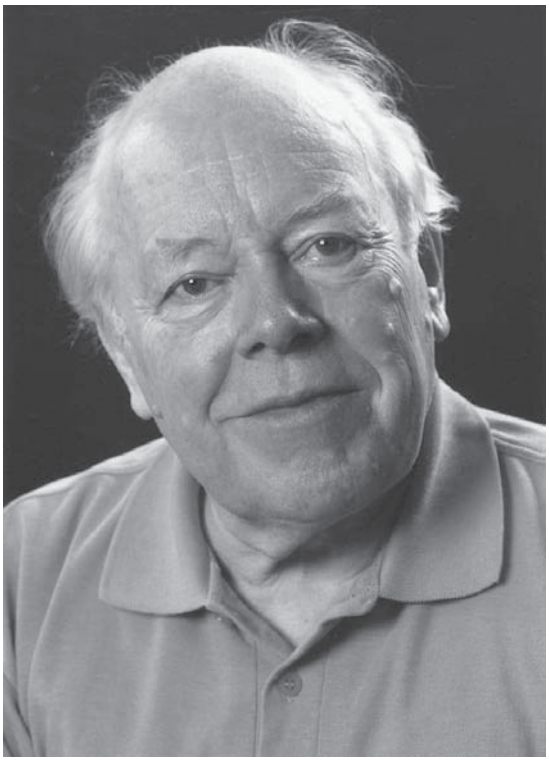
Positive Ausstrahlung dürfte Alexander Wiegand mit einem politischen Spiel (Gegenstand ist die ehemalige innerdeutsche Grenze), das er auf der Spielemesse im Herbst 2018 in Essen vorstellen wird, haben. Über dieses Spiel wurde bereits in einer Fg-Ausgabe des Jahres 2017 ausführlich berichtet. Hier sind Ideen und Aktivitäten gefragt. Je mehr Öffentlichkeit erzeugt wird, um so mehr Interesse erzielt die VOS als Verband. *FHH/ TH*

Jeder kann etwas tun, um Geschichte wachzuhalten – dieses Motto haben sich Gerd Keil und Manuela Keilbolz zu Eigen gemacht und eine Rose „Gegen das Vergessen“ gepflanzt. Die Rose symbolisiert die Schönheit durch ihre Farben und ihre Gestalt und macht das Umfeld auf sich aufmerksam. Durch ihre Vielfalt, ihre Kraft und die Dornen verkörpert sie auch den Widerstand und weiß sich somit unter widrigen Bedingungen zu wehren und die Aufmerksamkeit der Menschen auf sich zu lenken.

Quelle: Internet/facebook

Im Alter noch die Schaffenskraft, der Ernst und die Freude

Dem Schauspieler, Autor, Regisseur und Zeitzeugen Jochen Stern zum 90. Geburtstag



Für viele von uns ist Jochen Stern die herausragende Figur unter den noch lebenden ehemaligen politischen Häftlingen des kommunistischen Regimes. Immer wieder erlebt man ihn auf dem Fernsehbildschirm oder im kleineren Rahmen bei seinen spannenden Zeitzeugen- Veranstaltungen, wo er an Schulen jungen Menschen durch seine Darstellungskraft ein Bild von den Verhältnissen aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg vermittelt. Er verbindet in seinen Schilderungen das persönliche Schicksal mit den geschichtlichen Zusammenhängen und beschreibt das Leben in einer vergangenen Diktatur, in der es wichtig war, Widerstand zu leisten und sich zur Demokratie zu bekennen.

Sicher wäre Jochen Stern heute auch ohne sein Haftschicksal einer der Großen im Film- und Fernsehgeschehen. Was er spielt und darstellt, hat auch (und gerade) in kleinen Rollen Charakter und Qualität. Und doch ist er einer, der wie Eduard Zimmermann oder Hans-Joachim Platz, bewiesen hat, dass Diktaturen die Menschen nicht kleinmachen und zerstören, sondern dass diese Menschen es schaffen, sich gerade wegen der erlittenen Härte aufzurichten und das Leben und ihr Umfeld mit ihrer Kraft und Kreativität neu zu befeuern.

Lesen Sie nachstehend die Würdigung, die Dr. Frank Hoffmann vom Institut für Deutschlandforschung an der Ruhr Uni Bochum anlässlich des 90. Geburtstages von Jochen Stern verfasst hat.

Der Schauspieler, Regisseur und Schriftsteller Jochen Stern vollendet im September 2018 sein 90. Lebensjahr. Das ist Grund genug für eine herzliche Gratulation und besondere Freude, nicht zuletzt, weil der Jubilar in wunderbarer Frische weiter vielfach aktiv ist. Gerade in diesen Tagen ist er mit Dreharbeiten für eine neue Fernsehserie beschäftigt.

Es gilt aber, mehr noch, eine Persönlichkeit der Zeitgeschichte zu feiern, die Verehrung und Hochachtung nicht nur als Künstler, sondern mindestens ebenso als politisch engagierter Bürger verdient. Denn Jochen Stern, der von 1947 bis 1954 auf Befehl der Sowjetischen Militäradministration und des sowjetischen Geheimdienstes NKWD inhaftiert war, die meiste Zeit im Speziallager Bautzen, ist zugleich ein herausragender Zeuge und Akteur in der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur in Deutschland und Europa. Mit seinem publizistischen Werk, vor allem aber als Zeitzeuge in zahlreichen Veranstaltungen der politisch-historischen Bildung, hat er sich gegen das Vergessen und Verdrängen einer Schreckensgeschichte gestemmt, der in Ostdeutschland ab 1945 Tausende zum Opfer gefallen sind.

Sein Buch „Und der Westen schweigt“ erschien pünktlich, als in Helsinki die KSZE- Schlussakte unterzeichnet wurde

Nicht immer war es opportun, an die hohe Zahl derer zu erinnern, die als Hingerichtete und Verschleppte ihr Leben und ihre Freiheit, als Gefangene und Geknechtete in den Zuchthäusern und Lagern der SMAD und später der DDR ihre Bürger- und Menschenrechte eingebüßt hatten. Das oft peinliche und für die Opfer peinigende Wegschauen, das Desinteresse und Schweigen des Westens hat Jochen Stern sogar auf dem Höhepunkt der Entspannungspolitik angeprangert. Sein Buch „Und der Westen schweigt“ erschien pünktlich 1975, als in Helsinki die KSZE-Schlussakte unterzeichnet wurde (Neuausgabe 2014).

Da galt man schnell als ein „Kalter Krieger“. Aber das focht den Publizisten Jochen Stern nicht an, der seinen Lenin und auch seinen Stalin gelesen hatte. Unvergessen für mich, wie er in einer Schule, als man ihm dumm kam und ein anderer Zeitzeuge die Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts als heitere Kriegsanekdote erzählte, seine Tasche öffnete. Stern baute vor sich einen Bücherberg auf, inklusive des berüchtigten „Kurzen Lehrgangs“ von Stalin. Ganz so lustig sei die Geschichte doch nicht verlaufen, begann er, und fegte mit Fakten und Zitaten alles Anekdotische und Idyllische vom Tisch.

Dabei lässt sich Jochen Stern in der Kunst, heitere Anekdoten zu erzählen, gewiss nur ungern überbieten (vgl. auch seine Erinnerungen „Mimenkränze“, 2006). Aber wichtiger als der Humor bleibt die Wahrheit. Jochen Stern treibt die Geschichte um, denn er sieht darin die Verpflichtung des Überlebenden. Er ist inzwischen einer der wenigen großen Chronisten der politischen Verfolgung in der SBZ / DDR geworden. Ende 2017 hat Stern den zweiten Band eines 650 Seiten zählenden Prosawerks vorgelegt. → 21 oben

→ von Seite 20 unten

Das in autobiographischer Dichte vom Scheitern jugendlichen Freiheitsstrebens in den Nachkriegsjahren erzählt.

Es ist auch seine eigene Geschichte, die er in der Figur des Jürgen Stein verdichtet. Schauplatz ist Frankfurt an der Oder, Jochen Sterns Heimatstadt, in der er 1947 als Junglehrer, der sich bei den Liberaldemokraten politisch engagierte, verhaftet und als vermeintlicher Leiter einer Agententruppe, die nur in der Phantasie des NKWD bestand, vor die Tribunale gezerrt worden war.

Beeindruckend ist die Mannigfaltigkeit von Schicksalen und Lebenswegen, denen bis in Katastrophen hinein gefolgt wird.

In dem zweibändigen Roman „Die ewige Morgenröte“ wird die Geschichte dieser vom Geheimdienst konstruierten „Liberalorganisation“ (LO) erkennbar als ein Herrschaftsmittel der Sowjets, für die Saboteure, Agenten und Gegner aller Art den systemnotwendigen „Feind“ verkörperten. Die herausragende Leistung dieses Werks ist die Breite des Panoramas, der lange Atem, mit dem ein Ensemble von Personen und Aktionen entfaltet wird: Skizzen junger Menschen, die ihren Weg in eine bessere Zeit nach dem Krieg suchen, ihrer Eltern, Lehrer, Personen des öffentlichen Lebens – und nicht zuletzt der sowjetischen Offiziere und Schergen des Apparats.

Beeindruckend ist die Mannigfaltigkeit von Schicksalen und Lebenswegen, denen bis in Katastrophen hinein gefolgt wird. Im Zusammenspiel und Kontrast der Charaktere spiegelt sich deutsche Geschichte in ihrer ganzen Spannweite.

In einem reichen Bühnenleben in Brechts *Dreigroschenoper* den Bettlerkönig Peachum und viele Rollen von Shakespeare gespielt.

Um das öffentliche Wirken Jochen Sterns zu würdigen, kommt man natürlich nicht um seine erste Profession herum: die Schauspielerei, die Arbeit auf der Bühne und vor der Kamera. Schon der Frankfurter Junglehrer hatte Schauspielunterricht genommen. Nach den sieben Jahren in Haft hatte Stern im Westen das Abitur nachgeholt und Jura studiert – aber der Drang zum Theater war stärker. In einem reichen Bühnenleben hat Stern in Brechts *Dreigroschenoper* den Bettlerkönig Peachum gespielt und viele Rollen von Shakespeare über Kleist und Gogol bis zu Beckett, dessen Hamm im *Endspiel* er seine Lieblingsrolle nennt.

Und doch identifiziert man ihn bis heute zuerst mit dem Koslowski in der längst zum Klassiker gewordenen TV-Serie „Ein Herz und eine Seele“, der beste (und einzige) Freund von „Ekel Alfred“, jener Urgestalt des deutschen Spießers. Aber Koslowski, der Gastgeber im Robin-Hood-Kostüm in der zu jedem Faschingsvergnügen unverzichtbaren Folge „Rosenmontagszug“, ist bestenfalls *eine* Facette einer vielschichtigen künstlerischen Persönlichkeit.

So viele andere Rollen und Filme wären zu nennen, aber am eigentümlichsten in den letzten Jahren war vielleicht doch die geniale Idee des Regisseurs Jan Georg Schütte, eine Elite etablierter deutscher Schauspielerinnen und Schauspieler über das Älterwerden und die Liebe im Alter nachdenken zu lassen und dabei Jochen Stern neben Mario Adorf oder Senta Berger nicht zu vergessen.

Am Ende schwingt er sich auf sein Fahrrad und radelt in strammer Haltung, kräftig in die Pedale tretend, nach Hause.

„Altersglühen. Speed-Dating für Senioren“ ist Improvisationstheater und Fernsehen vom Feinsten. Jochen Stern ist hier ganz in seinem Element, wenn er sich mit Angela Winkler etwa kleine Anzüglichkeiten entgegenwirft.

Am Ende schwingt er sich auf sein Fahrrad und radelt in strammer Haltung, kräftig in die Pedals tretend nach Hause, wie so oft sein Lebensalter Lügen strafend und zugleich ungekrönter Sieger dieses Nachmittags, bei dem er als Gewinner eines Preisrätsels eher heiter über die existentiell oft verzweifelten Mitstreiter hinweglacht. Die Sowjets, das Leben, das Schicksal haben Jochen Stern in seiner Jugend sieben kostbare Jahre geraubt. Wie wunderbar, dass ihm im Alter so viel Schaffenskraft bleibt, dass er auch für die mit seinem Ernst spricht und mit seinem Witz spielt, denen der lebensgeschichtliche Triumph über die Diktaturen des 20. Jahrhunderts versagt blieb. Von ganzem Herzen: Ad multos annos!

Dr. Frank Hoffmann

© Foto: www.vos-zeitzeugen.de

Nachzutragen:
Das Buch von Jochen Stern: Die ewige Morgenröte wurde im vorigen Jahr in der Freiheitsglocke vorgestellt.

Information zur Person:
Jochen *Stern ist* Träger des Bundesverdienstkreuzes, er *wurde* zweimal mit dem Grimme-Preis ausgezeichnet. Für:

2015 für Altersglühen
1999 für Der Laden

Wichtige Theater-Stationen:
Altes Schauspielhaus Stuttgart, Burgfestspiele Mayen, Kleist Forum, Theater Baden-Baden, Festspiele Bad Gandersheim, Millowitsch Theater

Wichtige Film- und Fernsehproduktionen mit Jochen Stern in den letzten zehn Jahren:
Rentnercops, ARD
Das Kloster bleibt im Dorf, ZDF
Heiter bis Tödlich, ARD
Altersglühen, ARD
In fremden Gärten/Lindström ZDF
Einstein, SAT.1
SOKO Köln, ZDF
SOKO Stuttgart, ZDF
Ein Fall für Zwei, ZDF
Tatort, ARD/SWR
Mord mit Aussicht, ARD
Die Fallers, SWR
Ein Fall für die Anrheiner, WDR
Die Fallers, SWR
Arschkalt, Kino
Die Superbullen, Kino
Alter vor Schönheit, ZDF

Das Buch von Jochen Stern: **Die ewige Morgenröte** – Tage des Erwachens. (Teil 2: Das Leben ist kein Spiel), ISBN 9783944370576, Rehau 2017, 12 Euro.

VOS-Bundesvorstand, Bundesgeschäftsführer und der Redakteur der Freiheitsglocke schließen sich den Glückwünschen an.

Gartenschläger – die Erinnerung bleibt

75. Geburtstag im Januar nächsten Jahres

Die Erinnerung an Michael Gartenschläger, der in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai 1976 hinterrücks ermordet wurde, bleibt präsent. Nicht zuletzt sind die Vertreter der VOS an jedem Jahrestag zum Gedenken an den mutigen Widerständler unterwegs, um an den aus Straußberg stammenden Gartenschläger zu erinnern und auf seine Verdienste aufmerksam zu machen.

Am 13. Januar nächsten Jahres wäre Gartenschlägers 75. Geburtstag. Sein Tod liegt jedoch 42 Jahre zurück. Dass sein Leben nur so kurz währte, er davon noch zehn Jahre im Zuchthaus zubringen musste, stimmt uns tieftraurig. War er zu draufgängerisch, zu mutig? Tatsache ist, dass ohne seinen Mut und sein Draufgängertum der Nachweis, dass die DDR Selbstschussanlagen vom Typ SM 70 verwendet hat, längst nicht so eindeutig ausgefallen wäre. Durch die Präsentation des Todesautomaten vor aller Welt war das Honecker-Regime bis auf die Knochen blamiert. Später erst erfuhr man, dass die Splittermine, die einfach, aber tödlich wirksam funktionierte, in der sogenannten Puddingfabrik in Kapen (nahe Dessau, bei Oranienbaum) getestet wurde. Das Gelände ist bis heute gesperrt. Der Zugang zur Gedenkstätte Gartenschlägers (obere Fotoleiste, © VOS-Gruppe Hamburg) ist jedoch offen und sollte möglichst viele Besucher empfangen. *B. Thonn*

„Opfer“, die erinnern – gibt es die?

Hier bin ich und hier stehe ich – im schicksalsschweren geistesfinsteren Jahrhundert.

✉ Darum muss die Welt uns hassen, weil wir im Angesicht der Welt als anmaßend gelten müssen. Denn „Opfer“ gab es nicht, und Mahner brauchen wir nicht. Wehe uns, wenn uns die Welt für anmaßend halten muss. Die Wahrheit ist ganz oder gar nicht. Teilwahrheit ist dasselbe wie Irrtum. Wer nur ein bisschen oder einen Großteil von der Wahrheit hat, der hat eben die Wahrheit ganz und gar nicht. Hier bin und hier stehe ich.

Es gibt kein „finsteres Mittelalter“. Aber es gibt sehr wohl das finstere, geistesfinstere zwanzigste und einundzwanzigste Jahrhundert. Und das sagen wir gegen Millionen Stimmen, die anders denken. Die in den Kerkern der Diktaturen waren. Denn in diesen Jahrhunderten, in denen zu leben uns als Bürde aufgetragen ist, und als Würde, wenn wir Widerstand leisten und uns herausrufen lassen. Diese Jahrhunderte sind gekennzeichnet durch hochperfektionierte, höchstperfektionierte Oberflächlichkeit und Äußerlichkeit.

Das, was außen ist, das Nichtige, Nichtssagende, fahl, Zeit, Mode, Mehrheit, Meinung, Masse, lauter Varianten und Ausdrucksformen des Nichts. Und diese Varianten und Ausdrucksformen des Nichts sind in diesem Jahrhundert die prägenden und hämatischen Aspekte, zur Schande dieses Jahrhunderts.

Noch niemals im Laufe der bekannten Geschichte der Menschheit ist so viel Verstandeskraft an so viel Nichtigkeit und Oberflächlichkeit verschwendet worden. Dies ist das treffende, prägende Kennzeichen dieses armseligen, dieses schicksalsschweren Jahrhunderts!

Du jedoch hast dich für die Freiheit eingesetzt, dir sei Dank gewiss. *D. Rote*

Anm. d. Red.: Der vorstehende Beitrag ist – wie ersichtlich – ein Leserbrief, der, von der Bundesgeschäftsstelle an den Redakteur übermittelt wurde. Er wurde gekürzt abgedruckt, ohne dass die Kürzungen Sinn und Aussage entstellen würden.

Es sei noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Leserbriefe zumeist nicht die Meinung der Redaktion und des Herausgebers einer Zeitung wiedergeben. Dies trifft auch auf das Verbandsorgan Freiheitsglocke zu. Leserbriefe sind jedoch auch ein untrennbarer Bestandteil der Meinungsfreiheit in diesem Land. Leider haben die Veröffentlichungen im Internet den traditionellen Leserbrief weitestgehend verdrängt, was schade ist, da sie einen weitaus verbindlicheren Charakter haben und es sich bei ihnen kaum um „Fake-News“ handeln kann.

Ungeachtet dessen wäre es hilfreich, wenn D. Rote als Verfasser(in) dieses Briefes in weiteren Beiträgen etwas mehr von sich preisgibt als das Kürzel seines Namens und wenn er (oder sie) erklären könnte, was er (oder sie) mit dem Ausdruck hämatisch meint. *ARK*

Die VOS trauert um

Kameraden

Heinz Zierow

31. 08. 1932
16. 07. 2018

Unser Mitgefühl gilt seiner Familie, besonders seiner Gattin Ingrid

Bundesvorst., BGF, Redakteur

57 Jahre nach dem Mauerbau

Potsdamer Forum gedenkt in Griebnitzsee der Opfer

Das Forum zur kritischen Auseinandersetzung mit DDR- Geschichte im Land

Brandenburg e. V. lud anlässlich des 57. Jahrestages des Mauerbaus am Montag, den 13. August 2018 um 13.00 Uhr zu einer Gedenkveranstaltung an der Mauergedenkstätte Griebnitzsee/ Einmündung Stubenrauchstraße ein. Erinnert wurde an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft und die geschichtlichen Hintergründe dieses schwerwiegenden Ereignisses, das auf das Land Brandenburg, zu dem die damaligen DDR-Bezirke Potsdam, Frankfurt / Oder und Cottbus gehörten, besondere Auswirkungen hatte. Die Begrüßung der Gäste und die Gedenkreden erfolgten durch Manfred Kruczek vom Forum und durch die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Dr. Maria Nooke.

Heike Roth vom Forum informierte des Weiteren über den aktuellen Stand zur Umsetzung eines Denkmals für die Friedliche Revolution auf dem Potsdamer Luisenplatz.

Forum/Fg

Habe an vielen VOS-Treffen teilgenommen

Aufklärung eines Irrtums in der vorigen Freiheitsglocke

✉ In der Freiheitsglocke Nr. 787/ 788 waren zwei Geburtstagswünsche der angeblich ältesten Mitglieder der VOS. Ich glaube, dass ich der älteste bin mit 97 Jahren.

Mir wurde 2001 das silberne VOS- Abzeichen mit Goldrand verliehen. Habe an den VOS-Treffen in Wiesbaden, Karlsruhe und Bonn teilgenommen und denke noch gern daran zurück.

An den Zusammenkünften in Stuttgart kann ich leider nicht mehr teilnehmen.

Ich wünsche der VOS weiterhin alles Gute und Erfolg.

Fritz Hoffmann

Antwort des Redakteurs:

Lieber Kamerad Fritz Hoffmann, für den bedauerlichen Irrtum möchte ich mich – auch im Namen des Bundesvorstandes und des Bundesgeschäftsführers – in aller Form entschuldigen! Wie du siehst, wurde dein mahnender Leserbrief prompt veröffentlicht.

Dir und den Kameradinnen und Kameraden deiner Altersklasse gehört unser Respekt. Es ist erfreulich, dass du unser Verbandsorgan so aufmerksam liest und am Geschehen der VOS gedanklich teilnimmst. Ich hoffe, das wird in Zukunft nicht anders sein. Einmal mehr zeigt sich, dass die Mitgliedschaft in der VOS und das Studium der Freiheitsglocke gute Voraussetzungen zum Erreichen eines stattlichen Alters sind.

Ganz herzliche Grüße und Wünsche, vor allem für die Gesundheit sendet Alexander Richter

Wo liegt der Haken?

Das Jahr ist halb herum, aber keine Verbesserung ersichtlich

✉ Nachfrage: Forderungen 2018 für die politischen Häftlinge der SBZ/DDR.

Wie ich der Ausgabe „Der Stacheldraht“ Nr. 2/2018 entnommen habe, hat die UOKG Anfang des Jahres 2018 die Bundeskanzlerin, die Bundestagsfraktionen und die Ministerpräsidenten der Bundesländer angeschrieben und folgende Forderung gestellt: Erhöhung der Zuwendung für Haftopfer § 17 a (Inflationsausgleich gefordert). Ich gehe davon aus, dass auch mit der VOS in dieser Sache Abstimmungen erfolgten. Auch unser Verband, die VOS, hatte wohl einiges in der Sache „Forderungen der Opfer der SBZ/ DDR unternommen. Vielleicht ist etwas in der kommenden Ausgabe der Fg (Juli/August) zu hören (bzw. zu lesen), was aus den Eingaben geworden ist.

Dann ist das Jahr schon wieder über die Hälfte herum, und die Opfer bleiben wieder auf der Strecke.

Durch viele gleichzeitig ablaufende Ereignisse werden unsere Forderungen überlagert oder nicht erst beachtet. Das kann natürlich kein Dauerzustand sein. Unsere Bundesregierung muss sich nun endlich wieder den Interessen der eigenen Bürger zuwenden und innere Angelegenheiten klären. Es kommt mir vor, als hätte man nicht genug verstanden. An Bearbeitern für unsere Angelegenheiten dürfte es wohl nicht fehlen, am Geld auch nicht.

Wo also liegt der Haken?

Karl-Heinz Genath

Bachelor-Arbeit
Zeitzeugen gesucht

im Rahmen meiner Bachelorarbeit im Fach Psychologie bin ich auf der Suche nach Menschen (geboren 1930 bis 1940), die um 1945 als Kinder aus dem osteuropäischen Raum geflüchtet oder vertrieben wurden. Es soll um eine Untersuchung von möglichen Langzeitfolgen frühkindlicher Stresserfahrungen gehen und inwiefern die damals traumatischen Erfahrungen das heutigen Leben noch beeinflussen. *Lia Steinmann*

Meldungen bitte an Bundesgeschäftsstelle

Wir trauern um

Peter Leuteritz	**Bezirksgruppe Leipzig**
Rolf Göbel	**Bezirksgruppe München**
Klaus-Dieter Rößler	**Bezirksgruppe Hannover**
Günter Strauch	**Bezirksgruppe Rhein-Ruhr**
Günther Sandner	**Bezirksgruppe Reichenbach-Vogtl.**
Heinz Zierow	**Bezirksgruppe Kiel**
Werner Hertam	**Bezirksgruppe Arnstadt-Gotha**
Dr. Peter Klopf	**Bezirksgruppe Schwerin**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Nachgefragt: Der 17. Juni 1953 - 2018

Das Politbüro und das „Volk“

Die illegale Staatsgründung vom 7. Oktober 1949

Es ist schon eine merkwürdige Erfahrung im Jahr 2018, wenn der 65. Jahrestag des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 in keiner überregionalen Zeitung Deutschlands gewürdigt wird! Mit einer Ausnahme: Die ehemalige SED- Zeitung „Neues Deutschland“, die sich nach der Niederschlang des Aufstands durch die „Rote Armee“ in wüsten Beschimpfungen der aufständischen Arbeiter erging und ihre Verurteilung durch die DDR-Gerichte zu unmenschlich hohen Zuchthausstrafen mit hämischen Bemerkungen begleitete, nahm sich des Themas an.

Während westdeutsche Historiker der mitteldeutsche Aufstand nicht mehr interessiert, scheint er für den Ostberliner Historiker Dr. Stefan Bollinger (1954), der heute auch am Otto-Suhr-Institut“ der Freien Universität in Westberlin lehrt, ein politischer Vorgang ständigen Nachdenkens zu sein. In seinem ganzseitigen Artikel „Wenn Arbeiter die Partei nicht verstehen“ vom 16. Juni im ehemaligen SED-Zentralorgan holt er weit aus und sieht die Gründe für den Arbeiteraufstand gegen die „Arbeiterpartei“ schon in der II. Parteikonferenz vom Juli 1952 verankert, als der „Aufbau der Grundlagen des Sozialismus“ beschlossen wurde.

Leider nur ist der Verfasser, der auch der „Historischen Kommission“ der Partei „Die Linke“ angehört, nach wie vor der SED-Geschichtsideologie verfallen und denkt nicht weit genug. Könnte es nicht sein, dass die Gründe für den Aufstand schon in der illegalen Staatsgründung vom 7. Oktober 1949 liegen? Mit welchem Recht gründete eine Bande von Berufsrevolutionären einen Staat, der nur der Ausbeutung der Arbeiter diente? So müsste der Titel des Artikels auch wahrheitsnäher heißen „Wenn die Partei die Arbeiter nicht mehr versteht“.

Nach dem 17. Juni wurde von der DDR-Führung behauptet, das „Volk“ hätte das Vertrauen in die Regierung verloren. In Wirklichkeit hat das „Volk“ nie Vertrauen in die Regierung gehabt, 40 Jahre lang nicht!

Dr. Jörg Bernhard Bilke

Traditionsgemäß fand auch in diesem Jahr die Kranzniederlegung zu Ehren der Opfer und Widerständler des Juniaufstandes von 1953 in Berlin am Steinplatz statt. Die VOS war wiederum durch ihren Geschäftsführer Hugo Diederich (auf dem Foto 3. von links) vertreten.

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin
PVSt Deutsche Post
Entgelt bezahlt
G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

Bundesgeschäftsstelle der VOS
Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin
Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und **030 – 2655 23 81**
Fax: 030 - 2655 23 82
Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**
Sprechzeiten: Dienstag u. Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr
Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der
Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**
IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01
BIC: PBNK DEFF
Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:
Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82
Mail: lv-berlin@vos-ev.de
Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS
Redaktion und Satz: A. Richter-Kariger
redaktion@vos-ev.de, Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Druckerei: Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– **einheitlich für alle Mitglieder**	45,00 €
– Ehepartner (ohne Freiheitsglocke)	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Spenden unbedingt erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de
Fg-Nummer 791/ 792 erscheint Sept./ Oktober 2018
Redaktionsschluss der FG 789/790 am 15. August 2018